

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Abonnements-Preis

Alle Abonnenten erhalten gratis ein Exemplar der Zeitung...

Erhältlich täglich mit Ausnahme des Sonntags und Feiertags.

Redaktion:

Königsplatz 61, 1. Etage. Druckerei: 12-1 Uhr.

Inserate

Werden die Inserate...

Telegraph: Nr. 1, 1708. Telegramm-Adresse: 'Arbeiterzeitung Dresden'.

Expedition:

Georgstraße 1. Geschäftszeit von Montag 8 Uhr bis 7 1/2 Uhr.

Nr. 8.

Dresden, Dienstag den 12. Januar 1897.

8. Jahrgang.

Die Schnellfeuergeschütze.

Nachdem der Kriegsminister von einer bevorstehenden Forderung von 177 Mill. Mark für neue Schnellfeuergeschütze gesprochen hat...

Zu dieser längst bekannten und schon bis zum Ueberdruß wiederholten Thatsache kommt in unserem Falle noch ein zweites Moment, das nämlich die Ueberlegenheit der Schnellfeuergeschütze...

Wir finden nun in der neuesten Nummer der 'Gegenwart' von einem Fachmann einen sehr instruktiven Artikel, welcher in sehr einleuchtender Weise die Dinge klarlegt...

Auf der ganzen Linie unserer offiziellen und in den sie in diesen Punkten unterstützenden Organen wird für die Schnellfeuergeschütze gegenüber den bisherigen eingetreten...

Wegung auf ihre ballistischen und übrigen Eigenschaften völlig auf der Höhe der Zeit stehen...

Man habe nun in neuerer Zeit in Frankreich ein Geschütz konstruiert, das den sehr schießenden Rücklauf nach dem Abschießen nicht befürchtet...

Es seien nur 174 Schüsse in der Nähe der Batterie vorhanden, die übrige Munition sei eine Meile zurück...

Zu allem kommt noch, daß der Vorteil gar nicht einmal so groß sei. Mit den jetzigen Geschützen seien auf der Feldartillerie-Schule, allerdings mit ausgeleiteten Mannschaften...

Wir wollen diese sachmännlichen Ausführungen nicht beurteilen, es genüge, daß sie hier reproduziert werden...

Es gibt kaum etwas, was einen bescheidenen Eindruck machen könnte, als die grenzenlose Unwissenheit...

„Bemühen Sie sich, die Ordnung im Probant- und Fouragewesen zu loben, wenn Sie mit dem Kaiser reden..."

Feuilleton.

Krieg und Frieden.

Historischer Roman von Graf Leo Tolstoj. Autorisierte Uebersetzung von Dr. E. Straube. (Fortsetzung.)

Erst spät am andern Morgen erwachte Fürst Andrei, vor allem sich dessen erinnernd, daß er sich heute dem Kaiser Franz vorstellen habe...

„Nun, meine Herren," sprach Wilsch, „Fürst Andrei ist Gast in meinem Hause und in Brunn und will ich ihn, so viel es geht, mit freier Lebensherrlichkeit bekannt machen..."

„Ja, werde wohl kaum von Ihrer Gastfreundschaft, meine Herren, Gebrauch machen können, und wird es für mich leider jetzt Zeit sein, mich zu entfernen..."

„Wohin?"
„Zum Kaiser."
„Oh, oh, oh!"
„Dahin, um Wiedersehen! Kommen Sie ja zum Speisen!"

„Bemühen Sie sich, die Ordnung im Probant- und Fouragewesen zu loben, wenn Sie mit dem Kaiser reden..."

„Sagen Sie, wann begann die Schlacht?" unterbrach endlich der Kaiser das Schweigen.

Fürst Andrei antwortete und darauf folgten ebenso andere einfache Fragen, wie z. B. ob Kutusow sich wohl befände?

An der Treppe des Hauses, welches Wilsch bewohnte, stand ein bis zur Hälfte bedeckter Wagen und Franz, Wilschs Diener

Tages-Rundschau.

Dresden, 11. Januar.

Die Zentrum-Interpellation.

Bauwärmes Weihwasser war es, was das Zentrum am Sonnabend im preussischen Landtag als Antwort auf die herausfordernde Rede des Staatsministers...

Zwei Fragen von weittragender prinzipieller Bedeutung wurden, zwar nicht durch die Zentrum-Interpellation, wohl aber durch die Antwortrede des Ministers in den Vordergrund gerückt...

„Was bedeutet das?" fragte ihn Fürst Andrei. „Oh, Erlaucht," sprach Franz, „wir ziehen wieder weiter. Der Böfewicht von Bonaparte ist uns wieder auf den Fersen..."

„Was soll das heißen?" fragte Fürst Andrei seinen Landmann Wilsch, der ihn mit einem aufgeregten Gesichte, das so verschieden von dem an ihm gewohnten ruhigen Wesen vor, entgegen trat.

„Nein, nein, ich bitte Sie, das ist doch zu reizend, diese Geschichte von der Laborbrücke in Wien. Ohne nur einen Schuß zu thun, ist sie genommen?"

„Ja, wo kommen Sie denn her, daß Sie noch nicht einmal das wissen, was schon alle Kutscher in der Stadt austrumpeln?"

„Auch nichts gesehen, daß überall gepackt wird?"

„Nein, nichts, gar nichts habe ich gesehen. Ja aber, was giebt's denn?" fragte jetzt ungeduldig Fürst Andrei.

„Was es giebt? Die Franzosen sind über die Brücke, die der Kuersberg verteidigen sollte und da die Brücke noch nicht gesprengt ist, jagt Murat jetzt auf dem Wege nach Brunn und kann heute oder morgen schon hier sein..."

„Wie denn hier? Warum ist denn die Brücke nicht gesprengt, welche doch ganz unterminiert war?"

„Das möchte ich auch fragen. Das weiß niemand, selbst Bonaparte nicht..."

Fürst Andrei zuckte die Schultern. „Aber wenn die Brücke passiert ist, so ist auch die Krone verloren, weil sie abgeschnitten wird," sprach er dann.

„Das ist ja eben die Sache," versetzte Wilsch. „Aber hören Sie nur: Da rücken die Franzosen, wie ich Ihnen gesagt habe, in Wien ein. Das wäre alles noch schön; doch am folgenden Tage, das heißt gestern, sind die Herren Marschälle Murat, Lannes und Bellard auf und fort nach der Brücke. Nun merken Sie wohl, alle drei sind Gasconner. Meine Herren, spricht der eine: Sie wissen, daß die Laborbrücke unterminiert ist, und daß vor uns der schreckliche Brückenkopf und 15 000 Mann sind, welche die Brücke sprengen und uns nicht durchlassen sollen. Aber, Sie wissen auch, daß es unserem Herrn und Kaiser, dem Napoleon, sehr lieb sein würde, wenn die Brücke genommen wird. Nun, so

Beobachtung ergriffen werden müssen. Und dieser Erklärung haben Konservative und Nationalliberale laut zugejubelt. Ferner erklärte die Regierung, daß sie weitere Beschränkungen der Versammlungsfreiheit vorbereite. Und wiederum jubelten ihre Konservative und Nationalliberale laut zu. Das Zentrum aber beschäftigte sich in der ersten Frage, neben der Kritik der untergeordneten Polizeiverordnungen und der sprachlichen Unterjochung der Unterthemen zwischen dem Wasserpolnischen und Hochpolnischen, hauptsächlich damit, sich von dem Verdacht des mangelnden Patriotismus reinzuwaschen, und in der zweiten Frage schwieg es sich gänzlich aus. Das ist dasselbe Zentrum, welches in den 70er Jahren selbst auf Schritt und Tritt unter der Aufsicht seiner Versammlungen und Vereine zu leiden hatte! Aber freilich, seitdem ist das Zentrum regierungsfähig geworden, seine Versammlungen werden höchstens noch in den polnischen Landes- teilen aufgelöst und auch hier zum Teil nur aus Versehen der ausführenden Beamten.

Doch haben sich eben auch die anderen Parteien nicht besser benommen, als das Zentrum. Wie schändlich sich die Nationalliberalen verhalten haben, ist schon erwähnt worden. Wir begreifen nicht, warum sich diese Partei noch immer „liberal“ nennt, wenn doch ihre ganze Thätigkeit jetzt darauf gerichtet ist, den politischen Liberalismus mit Stumpf und Stiel auszu- rotten? Aber auch Herr Richter von der Freijüngigen Vereinigung konnte nicht umhin, den Polen gegenüber sein Bedauern auszudrücken, daß es „Deutsche“ sind, die die allgemeine Landespolitik zu erklären sich nicht bemühen. Charakteristisch, daß mit diesen unbilligen Vorwürfen dieselben Leute kommen, welche sonst dafür eintreten, daß die Deutschen in Amerika die dortige „allgemeine Landespolitik“ nicht zu ihrer Umgangssprache machen, vielmehr innerhalb einer überwältigenden englischen Bevölkerung ihr Deutsch behalten sollen! So wird mit zweierlei Maß gemessen, und so giebt auch der Freisinn den liberalen Grundgedanken der nationalen Gleichberechtigung preis.

Einig der Mängel von der Freijüngigen Volkspartei hielt eine vom ungarischen Standpunkt konsequent liberale Rede. Wie wird es nun werden? Die Wirkung der Polenrede im preussischen Landtag auf die polnische Bevölkerung wird eine eminente aufreizende sein. Die polnische Agitation wurde dadurch erst recht entfacht, und hindert man die polnischen Versammlungen, so fördert man die polnische Presse. Bei alledem sind das Zentrum und die polnische Volkspartei bis auf die Knochen klammert — der Boden wird vorbereitet für das Vorbringen einer entschieden oppositionellen Partei auch in Polen.

Was nun die allgemeinen Beschränkungen des Versammlungsrechts anbelangt, so gilt es vorläufig, ein nachsames Auge zu behalten.

Die Nationalliberalen, die soeben im preussischen Landtag für die Beschränkung des Versammlungsrechts eintreten, befürworten zugleich eine Beschränkung der Presse durch Verschärfung des Verleumdungsparagrafen. Alles im Namen der Freiheit und der Kultur. Der Nationalliberalismus bringt es zu Stande, was sonst niemandem gegeben ist: sich selbst ins Gesicht zu spucken!

Die Zämmlichkeit der bürgerlichen Parteien zeigt sich namentlich auch bei der Artillerievorlage. Von rechts und bis zur äußersten bürgerlichen Linken, von den Konservativen und bis auf die Volkspartei zeigt sich eine Bereitwilligkeit, die vielen Millionen neuer Ausgaben dem Volke aufzuerlegen, die einmal so gut wie hinausgeworfen sein werden, weil das neue Geschützsystem erst im Anfang seiner Entwicklung ist und sicher bald überholt werden wird, und die zu ihrem politischen Ergebnis nur das haben können, daß der Frieden gefährdet wird! So schreibt jetzt die „demokratische“, Frankfurt, Nr. 10:

Die Umgestaltung der Artillerie, so folgenreicher finanziell sie sein mag, trägt einen andern Charakter als die gewöhnliche Militärvorlage; sie ist in der Hauptsache wirklich eine technische Frage, und es ist mit Leichtigkeit vorauszusetzen, daß an dieser der Reichstag kein vorzeitiges Ende erfährt.

Kommen Sie und nehmen wir zu drei die Brücke! Ja, gehen wir! sagen auch die andern, und so machen sie sich auf und nehmen die Brücke, passieren sie, sind mit der ganzen Armee auf der andern Seite der Donau und bedrohen nun uns und auch und alle unsere Verbindungen.

„Ach, so hören Sie doch auf zu spucken,“ sprach Fürst Andrei trüb und ernst, und gar wunderliche Gedanken gingen ihm durch den Kopf.

„Ich spucke durchaus nicht,“ fuhr Bilibin fort. „Nichts ist wahrer und auch ebenso klüger. Diese Herren Gascogner kamen also an die Brücke, erhoben hier Lärchen und versicherten, daß Wasserflutstand sei und sie, die Marschälle, kämen, um mit Fürst Quersperg zu unterhandeln. Der Offizier du jour läßt unsere Biedermänner und Franzosen den Brückenkopf passieren. Und da erzählen sie ihm nun tausenderlei Windbeutelereien als echte Gascogner, sagen, daß der Krieg aus ist, daß Kaiser Franz und Napoleon eine Zusammenkunft haben werden, daß sie den Fürst Quersperg zu sehen wünschen und andere Gascognerreden mehr. Der Offizier sendet nach Quersperg. Die Herren umarmen die Offiziere, scherzen, lachen, sitzen auf den Kanonen; inzwischen aber marschieren unbemerkt ein französisches Bataillon auf die Brücke, wirft die Säcke mit den brennbaren Stoffen in das Wasser und kommt bis dicht an den Brückenkopf. Endlich erscheint der General, unser lieber Fürst, von seinem Stabquartier Rauhern selbst. Lieber Freund, Blume des österreichischen Heerwesens, Held der Türkenkriege! Alle Feindschaft ist aus, und wir können einander die Hand reichen; Kaiser Napoleon aber brennt von dem Wunsche, Fürst Quersperg kennen zu lernen.“ Kurz und gut, diese Herren, es müßten keine Gascogner sein, hätten Fürst Quersperg so mit schönen Redensarten, daß er von seiner so schnell mit den Marschällen erlangten Intimität wie besaubert ist, daß er von dem Mantel und den Straußenfedern Murats wie gebildet ist, daß er nichts von alledem, was der Feind macht, sieht. Das französische Bataillon rennt auf den Brückenkopf zu, vernagelt die Geschütze, und die Brücke war — genommen. — Rein, was aber nun noch das Köstlichste bei dem allen ist,“ fuhr Bilibin fort, „das ist das, daß der bei jener Kanone postierte Sergeant, der auf das Signal die Mine zünden und die Brücke sprengen sollte, daß dieser Sergeant, als er französische Truppen auf die Brücke eilen sah, schon schießen wollte, zümmte aber seine Hand wegschob. Der Sergeant, der offenbar klüger als sein General war, läßt zu Quersperg und ruft: „Fürst, man täuscht Sie, sehen Sie doch die Franzosen!“ Murat sieht, daß die Sache verloren, wenn man den Sergeant zeben läßt, und mit verstellter Bewunderung, als ein echter Gascogner, wendet er sich zu Quersperg: „Ich erkenne die in aller Welt so hoch berühmte österreichische Disziplin nicht wieder, wenn Sie einen gemeinen Soldaten so zu Ihnen zu sprechen erlauben! — Das ist göttlich! Ja, ha, ha!“ und Fürst Quersperg, als an seiner Ehre verlegt, läßt den Sergeanten einstecken. Rein, Sie müssen selbst gesehen, daß diese ganze „Labordrückenelchichte“ einzig in ihrer Art ist. Das ist weder Dummheit, noch Freigebit.“

Um eine „technische Frage“ handelte es sich stets, auch bei der Ersetzung des einen Kleinkalibrigen Gewehrs durch das andere, und um eine „technische Frage“ wird es sich wieder handeln, wenn ein neues, besseres Artilleriegeschütz aufkommt, und so ins Unendliche.

Deutschland in der Türkei. Die „Post“ tritt mit sehr bewegten Worten dafür ein, daß bei der bevorstehenden Besetzung der Stelle des Unterstaatssekretärs im türkischen Finanzministerium der Deutsche Herrtram gewählt werde, sie bezürchtet jedoch, daß dieser Posten dem Franzosen Renbert zufallen wird, von dem sie eine Verdrängung der deutschen Industrie als sicher voraussetzt. Aber warum hat denn die deutsche Diplomatie alles aufgegeben, um den russisch-französischen Einfluß in der Türkei zu stärken? Du hast es gewollt, George Dandin!

Rußland in der Türkei. Die Russen verstehen von den Türken ganz andere Vorteile noch zu erlangen, als etwa die Besetzung der Stelle eines Unterstaatssekretärs. So meldet jetzt der Konstantinopeler Berichterstatter des „Pariser Journal“ aus angeblich sicherer Quelle, daß Rußland von der türkischen Regierung das Versprechen der Konzession einer Eisenbahn erhalten habe, die von Trapezunt aus die Verbindung des kleinasiatischen Meeres mit dem perzischen Meer herstellen würde, das bereits unter russischer Kontrolle steht. Auf diese Weise würde die Verbindung zu Stande kommen, die Herat, den Schlüsseln Indiens, in direkten Verkehr mit Sebastopol bringen würde. Mag auch vielleicht die Nachricht für diesen Augenblick nicht zutreffen, so ist sie doch sehr kennzeichnend für die russischen Intentionen.

Der russische Kriegsschiffen in Libau. Die „Internationale Review“ über die gesamten Armeen und Flotten (Dresden) berichtet in ihrem Januar-Heft über den Ausbau des Hafens in Libau. Der Bau wurde schon im Jahre 1890 verübt und seit jener Zeit wird eifrig daran gebaut. Er soll der russischen Flotte in der Ostsee als Beobachtungsposten dienen. Die Zeitschrift legt in ihrem Bericht ganz offen die Absicht zu Tage, Stimmung für die Flottenvermehrung in Deutschland zu machen. Die russischen Blätter betonen schon bei Beginn der Arbeit und wiederholen immer wieder, daß der Hafen nur zur Defensivzwecke dienen kann, was auch das Fachblatt vollkommen zugiebt. Aber die Russen erklären, der Hafen sei nötig geworden, weil die deutsche Flotte beständig verhärtet werde und das deutsche Meer erklärt, weil der Hafen ungebaut werde, müsse nun wiederum die deutsche Flotte verhärtet werden. So wirkt diese Doppelzunge auf dieser und auf jener Seite, und wenn die Argunen sich begegnen, stoßen sie einander ins Gesicht!

Deutschland.

Das preussische Abgeordnetenhaus trat am Sonnabend zunächst in die Besprechung der von oberirdischen Zentralschienen angeordneten eingebrachten Interpellation ein, welche die Auflösung von Volkserwartungen in Oberthieren aus dem Grunde, weil sich die Redner der polnischen Sprache bedienen, zum Gegenstande hat. — Abg. Mündel von der freijüngigen Volkspartei wandte sich gegen die Ausführungen des Ministers des Innern vom Freitag. Redner betonte, daß das Versammlungsrecht nicht behalbs illusorisch gemacht werden dürfe, weil die überwachenden Beamten nicht die Sprache der Versammlungsredner verstanden. Es sei Pflicht der Regierung, für die nötigen sprachkundigen Beamten zu sorgen; andernfalls könnte man auch erwarten, daß Versammlungen aufgelöst würden, in denen Fremdwörter gebraucht werden, die über den Horizont des überwachenden Beamten hinausgingen. Der konservative Abgeordnete v. Henckell und der freikonservative Abgeordnete Freiliber v. Hellstimm stimmten dagegen den weiteren Ausführungen des Ministers in vollem Umfange bei und erklärten zugleich, daß ihre Parteien für eine etwaige Revision des Vereinsgesetzes im Sinne einer wirksamen Bekämpfung der polnischen Agitation jederzeit zu haben seien. D. h. also wohl, für das Verbot der Anwendung der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen. Das betreffende Gesetz genügt nach Ansicht der Konservativen nicht. Auch der Nationalliberale Dr. Krause erklärte die Bereitwilligkeit der Nationalliberalen, die Regierung im Kampfe gegen polnische Agitationen

„Das ist vielleicht verrät,“ berichtigte Fürst Andrei und dachte lebhaft an seine Graumanteltruppen mit ihren Banden, an das Krachen der Geschütze, zumeist aber an die Vorbereiten, die er ernten wollte.

„Nichts von alledem! Das brächte den Hof in zu schlechtes Licht. Rein, das ist weder Verrat, noch Feigheit, noch Dummheit, das ist la la lila. . . .“ das ist — und er kam nach, wie um was recht Wichtiges zu finden — „das ist wie Mad, nur daß wir dabei mit gemacht (gemacht) sind.“ Wie mit sichtlichem Vergnügen über seinen Witz lächelte er und beach seine Wägel.

„Aber wo wollen Sie denn hin?“ sprach er plötzlich zu Fürst Andrei, der aufgestanden war und nach seinem Zimmer schritt.

„Ich will fort.“

„Ja, aber wohin?“

„Nun, zur Armee!“

„Sie wollten doch noch bleiben.“

„Ja, aber jetzt geht es nicht mehr,“ und Fürst Andrei ging auf sein Zimmer, um die Anordnungen für die Fahrt zu treffen.

„Wissen Sie was,“ sprach Bilibin und trat auch in das Zimmer, „ich habe über Sie nachgedacht. Wozu wollen Sie weg?“

Fürst Andrei sah Bilibin fragend an, ohne jedoch etwas zu erwidern.

„Warum Sie weg wollen? O, ich weiß es. Sie glauben, daß es Ihre Pflicht ist, jetzt zur Armee zu eilen, weil sie bedroht ist. Ich verstehe, das ist — Heroismus.“

„Durchaus nicht,“ sagte Fürst Andrei.

„Aber Sie sind Philosoph, so seien Sie es ganz und gehen Sie die Dinge auch von der Rehrseite an und da werden Sie dann sehen, daß es im Gegenteil Ihre Pflicht ist, sich zu schonen. Ueberlassen Sie das anderen, die sonst zu etwas Besseren nicht taugen. Ihnen ist nicht befohlen worden, zurückzuführen, und von hier sind Sie nicht entlassen worden; also können Sie bleiben, und ziehen mit uns dahin, wohin uns unser Geschick treibt. Es heißt, es gehe nach Dünaburg. Nun, Dünaburg ist eine liebe Stadt und in meinem Reisewagen werden wir alle beide recht bequem fahren.“

„Aber, so hören Sie doch auf zu scherzen!“ bat Fürst Andrei.

„Ich rede offen und als Freund zu Ihnen. Ueberlegen Sie sich! Wohin und warum wollen Sie jetzt weg, wo Sie doch bleiben können? Güns von beiden erwartet Sie: entweder Sie kommen nach bis zur Armee und es wird Friede gemacht, oder es bleibt eine Niederlage und Schmach für die ganze russische Armee.“

„Ich kann das nicht beurteilen,“ sagte Fürst Andrei kalt, „aber ich fühle, daß ich nicht bleiben darf, und so ziehe ich wieder zum Heer.“

„Wirklich, Fürst, Sie sind ein Held!“ sprach Bilibin und verließ Fürst Andrei, um auch seine Reiseanordnungen zu beschleunigen.

(Fortsetzung folgt.)

zu unterstützen. Dr. Krause gab indes seiner persönlichen Meinung dahin Ausdruck, daß das bestehende Gesetz, wieviel auch gehandhabt, zur Unterdrückung und Ueberwachung etwaiger Agitationen ausreiche. Abg. Richter von der freijüngigen Vereinigung wies darauf hin, daß die Bismarckschen Polengeetze nichts zur Förderung des Deutschtums beigetragen, sondern die Feindseligkeiten zwischen Polen und Deutschen nur noch vergrößert hätten. Abg. Richter erinnerte an die feierliche Erklärung des Reichsanzalters bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs und wachte den Minister des Innern zu einer Erklärung über die Absichten der Regierung bezüglich des Vereinsgesetzes zu provozieren. Minister Freiherr v. D. Rede erwiderte darauf, er lasse sich nicht aus der ihm gebotenen Reserve herauslösen. Der Landtag werde ja voraussichtlich noch lange verlammet sein, und man solle ruhig abwarten, welches die Absichten der Regierung seien. Im übrigen sprach im Sinne der Interpellation vom Zentrum die Abgg. Kirch, Stephan-Beuthen, Wolzyl, Dasbach und Stante, sowie der Pole Roth.

Weiterhin wurden noch erledigt in erster Beratung der Gesetzentwurf, betreffend die Einrichtung obligatorischer Fortbildungsschulen in Polen und Westpreußen, sowie einige kleinere Vorlagen in erster und zweiter Beratung. Montag steht die zweite Beratung des Lehrerbefolgungsgesetzes auf der Tagesordnung.

Die Kommission für Arbeiterstatistik trat am Sonnabend unter dem Vorsitz des Direktors im Reichamt des Innern Dr. v. Höbke zu Beratungen über die Ergebnisse der Erhebungen betreffend die Verhältnisse in der Kleider- und Wäschefabrikation zusammen.

Die vorgenommenen Erhebungen haben ergeben, daß mancherlei schwere Missetände in der Konfektionsbranche vorhanden sind. Die Mehrheit der Kommission ist der Ansicht, daß die schlimmsten Missetände, welche in dem oft unzureichenden Lohn und den Schwankungen des Saisonverdienstes bestehen, nicht durch die Gesetzgebung beseitigt werden können. Wohl können durch die Gesetzgebung andere in Konfektionsgewerbe bestehende Missetände beseitigt resp. gemildert werden. Als solche wurden die lange Arbeitszeit, die Unsicherheit in den Arbeitsbedingungen, die Gefahren für die Gesundheit der Arbeiter und des Publikums bezeichnet.

Die Mehrheit der Kommission ist der Ansicht, daß ein Teil der Missetände dadurch beseitigt werden kann, wenn die Bestimmungen der §§ 135 bis 139b der Gewerbeordnung, mit einigen Änderungen, auf die Konfektionsindustrie ausgedehnt werden und ferner darauf hingearbeitet wird, die Heimarbeit neben der Werkstättenarbeit möglichst einzuschränken.

Italien.

Den Kampf gegen die Sozialisten will nun auch Rubini mit Polizeimaßregeln führen. Er hat am Sonnabend die Auflösung sämtlicher Arbeiterkammern von Rom veranlaßt. Einem vertriebenen Abgeordneten erklärte er, daß er die Arbeiterkammern nur auf „unpolitischer Basis“ gestatte. Was darunter verstanden wird, bedarf keiner Erklärung. Rubini wird mit seinen Radelstichen keinen anderen Erfolg haben als sein Vorgänger Crispi.

Spanien.

Unter dem Titel „Die Inquisition in Spanien“ veröffentlicht der „Sozialist“ haarsträubende Dinge über die von uns schon mehrfach erwähnten, an den verhafteten Anarchisten vorgenommenen Torturen. Man riß den Gefangenen die Fingernägel aus, brante ihre Hüften, zwang ihre Köpfe in Helme, durch die man einen elektrischen Strom leitete. Einzelne sollen in unannehmer Weise verhängelt worden sein. Von anderen Mitteln der Tortur kann man nur ahnen; Auspeitschung, Schlafentziehung, Tag und Nacht ununterbrochene Marschbewegung, ausschließliche Ernährung durch stark gesalzene Nahrung, verbunden mit vollständiger Entziehung von Getränk, so daß die Gemarterten in Tollheit endlich nach unten griffen. Einer der also Gefolterten, ein gewisser Mas, ist bei der Anwendung des elektrischen Helms irrsinnig geworden. Viele machten, um sich zeitweilig der Qual zu entziehen, „Gesandnisse“, die sie später widerrufen.

Madrid, 10. Januar. (Telegramm.) Drahtberichten aus Manila zufolge hat sich die Lage dort erheblich gebessert. Die Aufständischen wagen es nicht mehr, sich der Hauptstadt zu nähern. Im Innern kam es zu einigen Zusammenstößen. So verlor ein Trupp von 6000 Aufständischen in der Provinz Cavite die Landung von Novalesa (?) zu überschreiten, wurde aber unter großen Verlusten zurückgeschlagen. In Manila sind Verstärkungen eingetroffen. Sieben weitere Aufständische wurden zum Tode verurteilt. Wie berichtet wird, hat der englische Konsul drei britischen Staatsangehörigen, welche sich an den Untritten gegen Spanien beteiligten, dieses Vorgehen unterlag.

Madrid, 11. Januar. (Telegramm.) Nach einer hier eingegangenen Drahtmeldung aus New-York soll Maxim Gorky dem Vorstehenden des cubanischen Komitees mitgeteilt haben, daß es unmöglich sei, den spanischen Truppen länger Widerstand zu leisten.

Die „Epoca“ bestätigt offiziell das Gerücht, daß Maxim Gomez dem cubanischen Komitee in New-York erklärt habe, unter den Aufständischen herrsche Demokratisierung und der Krieg könne aus Mangel an den Elementen dafür nicht fortgesetzt werden. Die Gerüchte, daß die Aufständischen sich unterwerfen wollen, treten immer bestimmter auf.

Kien.

Eine neue Wasserstraße vom japanischen Meere zum Stillen Ozean soll quer durch die japanische Halbinsel Honto über den Rima-See erbaut werden. Die im Verlage von Hakubuntwan zu Tokio erscheinende Zeitschrift „Taisho“ schreibt über diesen Plan: Der Japaner Sufetsu Sakurai, der lange Zeit in Belgien Nationalökonomie studierte, hat mit Kaufleuten aus Osaka und Kuraga eine Aktiengesellschaft begründet, die sich zur Aufgabe gemacht hat, beide Städte durch einen Binnenkanal zu verbinden. Der Kanal soll von Kuraga am japanischen Meere zunächst nach der Bucht Surawan im Rima-See führen und auf einer Strecke von etwa 23 Kilometern bei einer Breite von 8 Metern gegen 1 1/2 Millionen Yen kosten. Der zweite Teil wird an der entgegengesetzten südlichen Spitze des Rima-Sees, von Nishibe bei Otsu ausgehen und über Jamashina und Kotsumura in den schiffbaren Fluß Utsawa gehen, an dessen Mündung Osaka liegt. Diese zweite Strecke des Kanals wird bis zum Utsawa nur noch 14 Kilometer betragen und bei einer Breite von ebenfalls 8 Metern auf 1 1/2 Millionen Yen veranschlagt. Die Tiefe ist noch nicht bestimmt, doch soll der Kanal wenigstens im Kriegsjahre Torpedoboote durchlassen können.

Der Hafenarbeiterstreik in Hamburg.

Der Streik ist im wesentlichen unverändert. Die Geschäftsleute sind in der größten Bedrängnis und Verzweiflung, während die Arbeiter fest und unentnützig dastehen und die Weiber immer noch reichlich eingehen.

Die bei der Expedition des „Hamburger Echo“ für die Hafenarbeiter eingegangenen Unterstützungsgelder haben jetzt die Hunderttausend überschritten.

Am Sonnabend ruhte die Hafenarbeit vollständig. 250 Fremde legten die Arbeit nieder und sind abgereist.

Die Sonntagsnummer des „Hamburger Echo“ bringt an

der Spitze des Blattes folgende Erklärung unter der Überschrift: „Was ist die Wahrheit?“

„Nunmehr auf neue Weisung gegen die Hamburger Streikenden der Vorwurf erhoben, daß sie eine ruhige Erörterung der von ihnen erhobenen Forderungen und Beschwerden unmöglich gemacht haben.“

Die konstatieren demgegenüber erneut folgende Thatsachen: Die Schauerleute, welche zuerst in den Streit eintreten, haben solange mit den Steuern verhandelt, bis diese, nachdem sie ein unannehmbares Gebot gemacht hatten, welches statt der Lohnherabsetzung eine teilweise Lohnherabsetzung ergeben hätte, erklärten, nicht weiter verhandeln zu wollen.

Die Unternehmer haben bisher nicht nur gegen eine schiedsrichterliche Lösung sich erklärt, sondern überhaupt jede Verhandlung mit den Arbeitern verweigert.

Die Unternehmer wollen es den Arbeitern als Verbrechen anrechnen, daß sie zu fordern wagten, was man ihnen freiwillig nicht gab, daß sie sich zu dem Zwecke zu gemeinsamer Aktion vereinten.

Die Unternehmer bestreiten den Arbeitern jedes Recht der Einflusnahme auf die Arbeitsbedingungen; sie proklamieren dafür ihre eigene Willkür.

Die Behörden des hamburgischen Staates unterstützen die Unternehmer trotzdem in jeder Weise; die Arbeiter fallen dagegen in den Arm, wo diese ihr Recht als freigeübene Männer verteidigen.

Die Unternehmer machen geltend, daß sie der Konkurrenz wegen nicht mehr bezahlen können, auch den Seelenten nicht.

Die Hamburger Arbeiter aber bezahlen an der ganzen Nordseeleiste die niedrigsten Steuern. Die großen Hamburger Arbeiterfamilien können doch mindestens das gleiche zahlen, was die kleinen in Oldenburg und Hannover leisten.

Die Arbeiter sind nicht der Konkurrenz wegen, sondern der Gerechtigkeit wegen, die sie als freie Männer fordern.

Die Arbeiter sind nicht der Konkurrenz wegen, sondern der Gerechtigkeit wegen, die sie als freie Männer fordern.

Die Arbeiter sind nicht der Konkurrenz wegen, sondern der Gerechtigkeit wegen, die sie als freie Männer fordern.

Die Arbeiter sind nicht der Konkurrenz wegen, sondern der Gerechtigkeit wegen, die sie als freie Männer fordern.

Alles näherte sich durch die Ende Januar zum Verlang gelangenden Flugblätter bekannt gegeben.

An die Arbeiter Deutschlands! Arbeitbrüder! Wie ihr alle wißt, befinden sich seit Anfang Oktober die Arbeiter des Ennauerwerkes von Carl Thiel u. Söhne im Ausstand.

Alle den Kongress betreffenden Anfragen sind zu richten an W. H. Kahl in Wera-Deumitz, Altenburgerstr. 6.

Alle Partei- und Gewerkschaftsblätter werden um Abdruck gebeten.

Schriftlicher Kongress. In der letzten Sitzung lag zunächst ein Antrag vor: Kompletzung in gewissem Gebiete.

Die Arbeiter sind nicht der Konkurrenz wegen, sondern der Gerechtigkeit wegen, die sie als freie Männer fordern.

Die Arbeiter sind nicht der Konkurrenz wegen, sondern der Gerechtigkeit wegen, die sie als freie Männer fordern.

Die Arbeiter sind nicht der Konkurrenz wegen, sondern der Gerechtigkeit wegen, die sie als freie Männer fordern.

Die Arbeiter sind nicht der Konkurrenz wegen, sondern der Gerechtigkeit wegen, die sie als freie Männer fordern.

Die Arbeiter sind nicht der Konkurrenz wegen, sondern der Gerechtigkeit wegen, die sie als freie Männer fordern.

Die Arbeiter sind nicht der Konkurrenz wegen, sondern der Gerechtigkeit wegen, die sie als freie Männer fordern.

Die Arbeiter sind nicht der Konkurrenz wegen, sondern der Gerechtigkeit wegen, die sie als freie Männer fordern.

Die Arbeiter sind nicht der Konkurrenz wegen, sondern der Gerechtigkeit wegen, die sie als freie Männer fordern.

Horienstreit erwidert sie nur, daß unser Sportur, der Nige gegen sie auf der gleichen Höhe stände, wie in dem ersten Falle.

Die „Wacht“ macht sich sehr leicht mit der Reinigung. Wir lassen sie aber nicht so leicht kaufen davon.

Der Not der Arbeiter gilt seitamerweise einmal ein Artikel der „Dresdner Nachrichten“, der allerdings nicht auf ihrem eigenen Wisse geschrieben sondern einem anderen Blatte entnommen ist.

Es bleibt also dabei, daß die „Wacht“ gelogen hat.

Die Arbeiter sind nicht der Konkurrenz wegen, sondern der Gerechtigkeit wegen, die sie als freie Männer fordern.

Die Arbeiter sind nicht der Konkurrenz wegen, sondern der Gerechtigkeit wegen, die sie als freie Männer fordern.

Die Arbeiter sind nicht der Konkurrenz wegen, sondern der Gerechtigkeit wegen, die sie als freie Männer fordern.

Die Arbeiter sind nicht der Konkurrenz wegen, sondern der Gerechtigkeit wegen, die sie als freie Männer fordern.

Die Arbeiter sind nicht der Konkurrenz wegen, sondern der Gerechtigkeit wegen, die sie als freie Männer fordern.

Die Arbeiter sind nicht der Konkurrenz wegen, sondern der Gerechtigkeit wegen, die sie als freie Männer fordern.

Die Arbeiter sind nicht der Konkurrenz wegen, sondern der Gerechtigkeit wegen, die sie als freie Männer fordern.

Die Arbeiter sind nicht der Konkurrenz wegen, sondern der Gerechtigkeit wegen, die sie als freie Männer fordern.

Die Arbeiter sind nicht der Konkurrenz wegen, sondern der Gerechtigkeit wegen, die sie als freie Männer fordern.

Der Stand des Hafenarbeiter = Streiks in Hamburg.

Große öffentliche Volksversammlungen

finden statt
im „Trianon“, Schützenplatz, und in der „Gild'nen Aue“, Blumenstraße
am **Wittwoch den 13. Januar**

in der „Roten Schänke“ in Döhlen am **Donnerstag den 14. Januar.**

Tagesordnung in allen Versammlungen:

„Der Stand des Hafenarbeiter-Streiks in Hamburg“.

Referenten: **Hamburger Redner.**

Beginn aller Versammlungen: Abends punkt halb 9 Uhr.

Achtung! Holzarbeiter!

Wittwoch den 13. Januar, abends punkt halb 9 Uhr

Werkstattdelegierten-Versammlung

im „Bürgerbräu“ Altmarkt 8, 1.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der von der Lohnkommission aufgestellten Forderungen für die
Lohnbewegung. Diskussion. 2. Werkstattangelegenheiten.
Um recht hablichere und pünktlicher Gehälter zu erlangen
Der Vertrauensmann.

Verlag der Sächsischen Arbeiter-Zeitung
Dresden, Verbergasse Nr. 1.

Sobald erschien die 3. Auflage von:

Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie.

Kritischer Bericht über die Lage
und die nächsten Aufgaben der deutschen Arbeiterbewegung.
Mit dem Anhang:

Der Gothaer Parteitag und der Achtstundentag.

Von
Parvus.

120 groß 8° Seiten. Preis 30 Pfg. Porto 5 Pfg.

Der Anhang ist extra für 10 Pfg. zu beziehen.

Die Streik der Hamburger Hafenarbeiter hat die Frage der gewerkschaft-
lichen Kampfes wieder aktuell gemacht. Zweifellos können die Arbeiter bei weitem
nicht den richtigen Widerstand leisten, wie sie es jetzt tun, wenn hinter den streik-
enden Arbeitern eine feste gewerkschaftliche Organisation gestanden hätte. Diese zu-
genügt erhebt die 2. Auflage dieser Schrift, welche, umschrieben durch die Streik-
bewegung des letzten Jahres, Aufschluß gibt über den Zusammenhang der ge-
werkschaftlichen und politischen Bestrebungen und Organisationen der Arbeiterklasse,
wie sie auch die Forderungen sowie die wirtschaftlichen Ursachen Deutschlands her-
vorgehen laßt.

Vegetarischer Mittags- u. Abendtisch
Or. Brüdergasse 41, I. A. Reckohl.

Emaile-

Geschirr-Niederlage
29 Rampischestr. 29.
Beste und billigste Bezugsquelle.

Gutgearbeitete Bettwäsche.

Große Bettbezüge von 250 Pf. an.
Große Anlets . . . von 285 Pf. an.
Große Betttücher . . . von 150 Pf. an.
Große Strohsacke . . . von 110 Pf. an.
Auf jedem alle Stoffe
für Wäsche und Hausbedarf in
größter Auswahl.

28 Solide Ware.
Billigste feste Preise.
Ernst Venus
Königsstr. 28.

Getragene Garderobe, Betten,
Wäsche, Schuhe,
werk u. empfindlich
A. Domski, Zwingerstr. 14.

Winter-Heberzieher,
Anzüge u. Arbeits-
Garderobe kauft nur bei
Alfr. Plowitz
8 Siegelstraße 8
und
Zittmannstraße 13b.

Wurst! Wurst!

Butter-Konsum-Halle
Fleischen, Dittstraße 12
empfiehlt drei hochfeinen ausländischen
Wurstwaren
zu ganz billigen Preisen.
Das ganze Pfund
feinste handgeschlachtet Thüringer
Blutwurst kostet
nur
70 Pf.

Schöne fleischige Pökel-Schweine-
knochen, à Pfd. 40 Pf., hoch-
feines Buchfett, à Pfd. 60 Pf.,
reines Schmelzfett, à Pfd. 60 Pf.

Stollensteuer
wird angenommen in der Bäckerei und
Konditorei von **Paul Bernsdorf**
Café Saxonia
Fleischen, Dittstraße 7.

Stollensteuer
wird angenommen in der Bäckerei von
Gustav Jentsch
Nr. 34 Dittstraße Nr. 34.

Stollen-Steuer
wird angenommen in der Bäckerei von
Robert Lehmann
Markgrafenstraße 11, früher 7.

Stollensteuer
wird angenommen in der Bäckerei von
C. Ritter
Johann Meyerstraße 14.
Gleichzeitig empfiehlt tägl. frisches
Schwarzbrot, à Kilo, 1. Sorte 38
Pfeunig, 2. Sorte 35 Pfeunig.

Künstl. Zähne

pro Stück 1,50 M.
Garantiert größte Haltbarkeit. Bei
wenigstens 3 Stück berechne dieselben
mit 1 M. pro Zahn inkl. Kaufschuf.
Emailierte Aluminiumgebisse.
Reparaturen, Wunden usw. billigst.
F. Gröger
Johannesstraße Nr. 11, 2.

Soziald. Verein f. d. 4. sächs. Reichst.-Wahlkr.

Dienstag den 12. Januar, abends 7/9 Uhr
Oeffentl. Versammlung
im Restaurant **Zimmermann**, Schönbrunnstr. 1.
Tages-Ordnung:
Der Wert der Organisation und die Hebung derselben.
Referent: **Genosse Lätzer.** — Debatte.
Wir richten an alle unsere Mitglieder das dringende Ersuchen, in
dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Sächs. Arbeiter-Zeitung.

Wir empfehlen den Genossen zur weitesten Verbreitung:
Die
politische Polizei in Preußen.
Bericht über die Verhandlungen
im Prozeß
Heckerl - u. Witzow - u. Wausch.
Preis 25 Pf. — Porto 5 Pf.
(Verlag des Vorwärts.)

Frauenfrage und * Sozialdemokratie.

Reden
anlässlich des Internationalen Frauen-Kongresses
zu Berlin.
Von **Eily Braun-Sizdi.**
Preis 20 Pf. Porto 3 Pf.
Bei Partienbesuch für Agitationszwecke hoher Rabatt.
Diese Schrift widerlegt in knapper, klarer und schöner
Darstellung die in der bürgerlichen Frauenwelt gegen die
Sozialdemokratie und gegen die Arbeiterinnenbewegung
herrschenden Vorurteile und eignet sich somit ganz besonders
zur Agitation für die sozialistische Frauenbewegung.

Schuhwaren

nur gebogene, dauerhafte, solide Fabrikate für Herren, Damen
und Kinder, in den verschiedensten Sortiments, empfiehlt bei billigen
Preisen
Heinrich Angermann
Siegelstraße 55.
NB. Besuche Freunde und Genossen, mich bei Bedarf berück-
sichtigen zu wollen.

Stollensteuer

wird angenommen in der Bäckerei von
Hermann Kühne
Böttau
Waldbruckerstraße, Ecke Schulstraße

Stollensteuer

wird bei Garantie von Vorzug-
gebäck angenommen in der Fein-
bäckerei von **Hugo Gähler**,
Dresden-Noh., Dittstraße 99.

Billige Fleischpreise!

Rindfleisch, 3 Pfd. nur 1 M.
Rindfleisch, Pfund von 50 Pf. an.
Schweinefleisch, Pfd. v. 60 Pf. an.
Blut- u. Zwiebelwurst, Pfd. 60 Pf.,
s. polnische Wurst.
Onenb. Fleischmstr., Ingweg 15.
Fleischsteuer wird angenommen.

Möbel aller Art!

24bürtige Kleiderschränke von 19 M
an, Spiegel, Stühle sehr billig.
G. Wagner, Palmstr. 22.
Stollensteuer
wird angenommen in der Bäckerei
Hugo Uhlltasch
Cotta, Hochstraße, Ecke Körnerstr.

Z.-C. Dienstag
abends 8 Uhr
Sitzung.
Bericht von
Kugust Raden, Köpchenbräu;
verantwortl. Redaktor:
Edmund Fischer in Dresden;
Rotationsdruck der Buchdruckerei
Hermann Schoenfeld, Dresden.
Dierj. A. Heilaga.

Weihnachts- Geschenke.

Nachdem der Fest-Trübel vorüber, haben wir uns entschlossen, in Anerkennung des sich täglich
erweiternden Kundenkreises einem jeden unserer geehrten Abnehmer ein nachträgliches Weihnacht-
geschenk zu verabreichen. Die Herausgabe der Geschenke erfolgt an der Kasse. Damit nun ein
jeder dieser Freude teilhaftig wird, haben wir die Verteilung auf 12 Tage festgesetzt. **Erster Tag:**
heute Freitag den 8. Januar, letzter Tag: Dienstag den 19. Januar. Die Geschenke bestehen
aus Haushaltungs- und Bedarfsartikeln.

Meidner & Co.

Nr. 4-6 Bischofsplatz Nr. 4-6
sowie 1. Etage des Hauses Nr. 6.

Man geht, vom Neukädler Hoftheater kommend, durch die Königsbrüderstraße bis Bischofsweg,
alsdann links, vom Arsenal kommend, bis Bischofsweg, alsdann rechts.
Pferdebahnverbindung aller Linien.

Die groÙkapitalistische Entwicklung der Industrie in Rußland.

Daß die kapitalistische Produktionsweise die unverkennbare Tendenz hat, den Kleinbetrieb durch die Großindustrie zu verdrängen — dies hat die wirtschaftliche Entwicklung der westeuropäischen Staaten schlagend bewiesen.

Beginnen wir mit der Baumwollindustrie, so betrug im Jahre 1892 die Zahl der Spindeln 4 381 508, die der Webstühle 100 634, so daß die Zahl der Spindeln seit 1879 (3 1/2 Mill.) fast um 26 Proz., die der Webstühle um 20 Proz. zugenommen hat.

Die russischen Leinwandmanufakturen zählten im Jahre 1892: 237 522 Spindeln und 11 218 Webstühle, wobei die Zahl der Spindeln in den letzten 12 Jahren um beinahe 40 Proz. zugenommen hat.

Die Wollwarenfabriken zählten im Jahre 1892: 581 508 Spindeln und 34 650 Webstühle, so daß seit 1879, als 810 000 Spindeln und 26 000 Webstühle im Betrieb standen, die Zahl der Spindeln sich beinahe verdoppelt, die der Webstühle um 1/3 zugenommen hat.

Auf dem Gebiete der chemischen Industrie sind bei der Säbholzfabrikation Daten über die Zahl der Betriebe sowie die entsprechenden Produktionsmengen in den letzten Jahren angegeben, wobei wir ebenfalls eine bedeutende Zunahme des Großbetriebes auf Kosten des Kleinbetriebes konstatieren können.

Table with 3 columns: Jahre, Zahl der Fabriken, Produktion in Millionen Stück. Rows for years 1888 to 1894.

Die Säbholzfabrikation ist hauptsächlich in den Gouvernements Rongorob, Tschernigow, Wlajka, Penza, Kasuga und Wlajan konzentriert, die über 60 Proz. der Produktion umfassen.

Ueber die Entwicklung der Großproduktion in den übrigen Zweigen der chemischen Industrie fehlen genaue Angaben, in dessen beweist das Wachstum dieser Industrie, daß auch hier die kapitalistische Produktionsweise sich gezeigert hat.

Die Knochenfabrikation verdoppelte sich in den letzten fünf Jahren, so daß gegenwärtig 5 Millionen Rubel Knochen zur Verarbeitung gelangen. Im Jahre 1893 zählte man insgesamt 72 Betriebe, welche sich mit Knochenfabrikation befassen.

Die Stearin-, Licht- und Seifenfabrikationen haben gleichfalls eine groÙkapitalistische Unterlage erhalten. Die groÙen Stearinfabriken befinden sich in Kasan, St. Petersburg und Moskau.

Die Zahl der Arbeiter betrug im Jahre 1890: 1581, im Jahre 1891: 2729, im Jahre 1892: 2729. Auch die Fabrikation von Wachskerzen gestaltet sich immer mehr zu einer kapitalistischen, wie dies aus folgender Tabelle zu ersehen ist:

Table with 3 columns: Jahr, Zahl der Fabriken, Produktion in 1000 Rubel Wert in 1000 Rubeln. Rows for years 1890 to 1892.

Ebenso gestaltet sich die Seifenfabrikation zu einer groÙkapitalistischen, wie dies folgende Tabelle lehrt:

Table with 3 columns: Jahr, Zahl d. Fabrik., Produktionswert in 1000 Rubeln, Zahl d. Arb. Rows for years 1890 to 1892.

Die Spiritusindustrie hat die offenbare Tendenz, den Kleinbetrieb durch die groÙkapitalistische Produktionsweise zu ersetzen. Die durchschnittliche Jahresproduktion per Betrieb betrug im Dezennium 1873/74 bis 1882/83 10 310 Wedro und im folgenden Dezennium 1883/84 bis 1892/93 bereits 14 450 Wedro.

Die Regierung hat, um der Landwirtschaft zu Hilfe zu kommen, im Jahre 1891 ein Protektionssystem für den Kleinbetrieb eingeführt, indem den Brennereien ein gewisses Prozent der produzierten Menge steuerfrei gegeben wird, welches aber ein um so geringeres ist, je mehr in der betreffenden Fabrik Spiritus gebrannt wird.

Der Tabakbau erstreckt sich gegenwärtig durchschnittlich auf 50 000 Djehtin, wobei durchschnittlich 4 Millionen Rub jährlich gewonnen werden. In den Tabakfabriken waren im Jahre 1894: 32 894 Personen beschäftigt, wovon 10 846 Männer, 19 682 Frauen, 1145 Knaben und 1226 Mädchen.

Zu einer groÙkapitalistischen Fabrikation hat sich in Rußland die Papierfabrikation entwickelt. Die Papierindustrie hat in Finnland große Dimensionen erreicht und beginnt erst jetzt sich im übrigen Reich zu verbreiten.

Während der gleichen Zeit hat die Papierindustrie des ganzen Reiches eine Verminderung der Zahl der Fabriken von 164 auf 161, eine Vermehrung der Arbeiterzahl von 17 987 auf 19 558 und eine Vermehrung der Produktion von 5 660 000 Rub auf 6 635 000 Rub auszuweisen, also ebenfalls eine starke Entwicklung des Großbetriebes.

Table with 3 columns: Jahre, Zahl der Fabriken, Produktion in Tausend Rub. Rows for years 1888 to 1894.

Papierwaren werden in Rußland noch wenig erzeugt. Im Jahre 1894 zählte man 169 Fabriken für Papierartikel, in welchen insgesamt für 4 Millionen Rubel Waren erzeugt wurden, wobei 14 000 Arbeiter beschäftigt waren, die Hälfte waren aber hausindustrielle Arbeiter.

Auch die Lederindustrie, welche früher hauptsächlich eine Hausindustrie war, entwickelt sich nun zu einer Großindustrie, wie dies folgende Tabelle lehrt:

Table with 4 columns: Jahre, Zahl der Betriebe, Produktionswert in Rubeln, Zahl der Arbeiter. Rows for years 1850 to 1893.

Der Bergbau hat sich in Rußland in den letzten Jahren mehr als in jedem anderen Lande entwickelt, so daß in absehbarer Zeit Rußland keine fremden Metalle mehr wird einzuführen brauchen. Die Welt die Montanindustrie in Rußland zuzunehmen hat, lehrt eine Tabelle, welche den Stand der Montanindustrie im Fabrikjahr 1880 und im Ziviljahr 1894 veranschaulicht:

Table with 4 columns: Gold, Silber, Platin, Kupfer, Zinn, Blei, Quecksilber, Wurfelstein, Eisen, Stahl, Steintohle, Salz, Naphta, Manganez. Rows for production in 1880 and 1894.

Die Zahl der Bergarbeiter in den russischen Hütten- und Bergwerken ist denn auch im fortwährenden Steigen begriffen. Im Jahre 1889 waren 416 836 Bergarbeiter, im Jahre 1890 435 688, im Jahre 1891 427 887, im Jahre 1892 443 864, im Jahre 1893 465 013.

Aber nicht nur die Fabrikindustrie, sondern auch die Landwirtschaft, mit welcher in Rußland sich 87 1/2 Proz. der Bevölkerung befassen und welche bis jetzt in ausgedehntem Maße der Maschinen und technischen Verbesserungen zu bedienen. So zählte man beispielsweise im Jahre 1875 in 46 Gouvernements 203 Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen, im Jahre 1879 stieg diese Zahl auf 340, wobei für 4 Millionen Rubel erzeugt worden war.

Das erwähnte Werk, welches ein amtliches ist, giebt unerbötlich zu und konstatiert es noch als eine für die wirtschaftliche Entwicklung des Reiches sehr erfreuliche Erscheinung, daß die russische Industrie sich zu einer kapitalistischen Großindustrie entwickelt. So sehen wir auch in Rußland den Prozeß sich wiederholen, welcher sich von Anfang und in der Mitte des Jahrhunderts in Westeuropa abspielte. Auch die russische Wirtschaft gestaltet sich immer mehr zu einer groÙkapitalistischen, deren Folgen — eine industrielle Arbeiterklasse in den Großstädten und ein organisiertes Proletariat — nunmehr anfangen, sich sichtbar zu machen.

Bergarbeiter-Konferenz.

Die jährliche Konferenz der Bergarbeiter-Föderation in Großbritannien wurde am Dienstag den 5. Januar in Leicester eröffnet. Anwesend waren 54 Delegierte, die 296 704 Mitglieder repräsentierten, welche sich auf folgende Weise verteilten:

Yorkshire 11 544, Lancashire 60 000, Mittelland Föderation 40 000, Derbyshire 25 000, Nottingham 18 707, Schottische Föderation 72 000, Südbreit Föderation 6 000, Leicester 39 000, Süd-Derbyshire 8 000, Nord-Yorkshire und Glenland 6 000 Mitglieder.

Bei Eröffnung der Sitzung wurden die Delegierten vom Bürgermeister im Namen der Stadt aufs herzlichste begrüßt, worauf B. Ward, Sam Woods und G. Cowey erwiderten und ihre Zufriedenheit über die Aufnahme seitens der Stadtverwaltung ausprägten.

Es sei von großer Bedeutung zu berichten, daß im letzten Jahre in der Kolonie Victoria ein gesetzlich festgesetzter „living wage“ — Lebenslohn — eingeführt worden sei, und daß die Mitglieder der Konferenz die Forderung der Einführung dieses Lebenslohns in den Bergwerken erörtern werden. Was die Forderung der Einführung dieses Lebenslohns anbelangt, so sei es klar, daß die Bergarbeiter-Unterstützungsbüro, die in der letzten Session durchgeprüft wurde, und die 40 000 000 Mark zu Gunsten der notleidenden Landwirte bestimmt, nur die Einkommen des Bergwerks von Bedford, Bergwerks von Devonshire und des Bergwerks von Westmoreland auszuweisen werde.

Das Schiedsgericht, welches zwischen der Bergarbeiter-Föderation und den Grubenbesitzern bestand, sei aus folgenden Gründen aufgelöst worden: 1. Weil man sich über einen unabhängigen Präsidenten nicht einigen konnte. 2. Weil die Grubenbesitzer beantragten, eine Lohnreduktion von 10 Prozent durchzuführen. 3. Weil die Arbeiter enthielten, keine Lohnreduktion anzunehmen, und es die Aufgabe der Föderation sei, keine Reduktion im ganzen Gebiete der Föderation durchzuführen.

Die Föderation glaubt an eine wirksame Gesetzgebung, um einen Minimumlohn, von der Gesetzgebung bis zur Ausfuhr, gesetzlich zu sichern, weil dieses nicht für verbindlich durch Trade Union-Unterstützung allein erzwungen werden kann. Das Berggesetz soll durch folgende Punkte erweitert werden: 1. Größere Stabilität für die Arbeiter bei der Ein- und Ausfuhr. 2. Verbot der Beschäftigung von Personen über 15 Jahre alt, wenn dieselben nicht vor dem 13. Lebensjahre im Bergwerk beschäftigt sind. 3. Vermehrung der Arbeitsinspektoren aus den Reihen der Arbeiter, für je 10 000 Arbeiter ein Inspektor.

Die Wichtung der Gesetzgebung gegen losgelagerte Grubenbesitzer ist bewiesen durch die Statistik der Todesfälle in den Gruben von 1867 bis 1887.

Table with 3 columns: Jahre, Personen, Todesfälle. Rows for years 1861-1870, 1871-1880, 1881-1887.

Sieben Jahre vor dem Inkrafttreten des Schiedsgerichtes und sieben Jahre nach dem Inkrafttreten waren die Durchschnitts-Todesfälle folgende:

Von 1874 bis 1880 kamen auf 432 1/2 Personen 1 Todesfall, von 1881 bis 1887 " " " 502 " " 1

Wenn man Yorkshire, Lancashire und Nord-Wales miteinander vergleicht, so kommt man zu folgendem Resultat:

Yorkshire: Von 1874 bis 1880 kamen im Durchschnitt auf 500 Personen 1 Todesfall, von 1881 bis 1887 " " " 637 " " 1

Lancashire und Nord-Wales: Von 1874 bis 1880 kamen im Durchschnitt auf 837 Personen 1 Todesfall, von 1881 bis 1887 " " " 308 " " 1

Reaktion 108 Todesfälle. Von 1874 bis 1880 kamen im Durchschnitt auf 1504 Todesfälle, von 1881 bis 1887 " " " 1366 " " 1

Auf den Wirtschaftsgang hinweisend, führt der Bericht aus, es sei ersichtlich zu sehen, daß nach einer so langen unruhigen Zeit wieder ein Aufschwung eingetreten sei. Der Preis der Kohle sinkt und sinkt seit 10 bis 12 Mt., die Kohle Kohle 1 bis 1,50 Mt. gesunken. Gleich sei die Konkurrenz unter den Grubenbesitzern sehr groß, und dieser Stand der Dinge sollte von jedem vernünftigen Bergarbeiter beachtet werden. Wenn die Grubenbesitzer dem Beispiel ihrer Kollegen in Südbreit folgen und die Produktion einschränken würden, dann würde

Jeder Besitzer im Stande sein, seine Grube mit Profit zu bearbeiten und den Arbeitern einen Lebenslohn zu zahlen, ohne welchen Streit in der Zukunft.

Die Arbeit, die den Delegierten diese Woche vorliegt, ist nicht leicht. Wir haben einen Punkt zu entscheiden, ob wir unter der neuen Flagge des Sozialismus, anstatt unter den alten Prinzipien des Trade Unionismus stehen wollen.

Jedoch, meine Meinung ist, daß das Programm der Trade Unions ein fortschreitendes ist, und daß jeder lokale Trade Unionist in diesem Programm genügend Platz findet, um die Lage der Arbeiter, besonders der unversierten, zu verbessern.

(Zweiter Sitzungstag.)

Diese Sitzung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Man wollte wahrscheinlich der Presse nicht die Gelegenheit geben, über drei Resolutionen zu berichten, die zur Diskussion standen und vorläufiglich eine heftige Debatte zur Folge haben würden.

Die drei Resolutionen sind in Folge der Beschlässe des internationalen Sozialisten-Kongresses und des englischen Trade Unions-Kongresses der Bergarbeiter-Kongress unterbreitet worden.

Die erste Resolution unterbreitete folgende Resolution: Um die besten Zustände des industriellen und sozialen Lebens zu erreichen, ist es absolut notwendig, daß der Grund und Boden, Mineralien, Eisenbahnen und die Produktionsmittel als Eigentum und zur Kontrolle des Staat übertragen werden.

Der zweite und dritte Vorschlag lautete: Für die Erhaltung der englischen Industrie ist es von Wichtigkeit, daß der Grund und Boden, Bergwerke und Eisenbahnen des Landes nationalisiert werden.

Die dritte Resolution lautete: Die Delegierten zu den Kongressen der Bergarbeiter-Federation, sowie zu allen Kongressen, haben, wie in der Vergangenheit, auf gewerkschaftlicher und nicht auf sozialistischer Grundlage zu wirken.

Die Debatte über den ersten Vorschlag wurde sehr kurz abgehandelt. Schließlich wurde jedoch der schottische Antrag abgelehnt und die beiden letzten mit Majorität angenommen.

Weiter beantragte Concasthre, den internationalen Gewerkschafts-Kongress, der in 1898 nach der Geschäftsordnung der englischen Trade Unions abgehalten werden soll, zu unterstützen.

Eine lange Debatte folgte über die Mittel und Wege, alle Distrikte der Federation, die nach unter dem Vorhange von 1888 auflösen, auf eine gleiche Stufe zu bringen.

Stadt-Chronik.

Dresden, 11. Januar.

Leberrecht Hartwig ist unter den Schlitten gekommen, d. h. nur im Stadtvorordnetenkollegium. Lange, lauge Jahre war Hartwig Vorsitzender des Verwaltungsausschusses und als solcher eine wichtige Person im Staate Dresden, denn durch ihn konnten die Geschäfte wesentlich beeinflusst werden.

Die Vertretung des Volkes bei der Rechtsprechung. Durch die Geschworenengerichte soll die Rechtsprechung des Volkes bei der Rechtsprechung zur Geltung kommen.

Wie muß unsere Nahrung im Winter beschaffen sein?

Von Dr. Otto Gottlieb.

(Nachdruck verboten.)

Der menschliche Organismus stellt gewissermaßen einen lebendigen Ofen dar. Wenn er seine Schuldigkeit thun soll, muß er vor allem mit genügendem Feuerungsstoff — Nahrung — „geheizt“ werden.

Der menschliche Organismus stellt gewissermaßen einen lebendigen Ofen dar. Wenn er seine Schuldigkeit thun soll, muß er vor allem mit genügendem Feuerungsstoff — Nahrung — „geheizt“ werden.

Laubgast, Gemeindevorstand Meyer in Niederpösterwitz bei Döhlen, Gemeindevorstand und Gutbesitzer Koss in Bittersee bei Döhlen, Generalkonkularbändler in Pöschwitz, Konkul Wiedemann in Dresden, Rittergutsbesitzer Kühne in Wachau bei Rabenberg, Rentier Nibel in Riesa, priv. Apotheker Weber in Blasewitz, Steinbruchbesitzer Hünigke in Pirna, Sägewerkbesitzer Herring in Königstein, Rentier Liebich in Schandau, Steinbruchbesitzer Wehnert in Krippen bei Schandau, Kaufmann Nicolai in Riesa, Gutbesitzer Runge in Amelshausen bei Großenhain, Rentner und Gemeindevorstand Schulze in Präditzsch, Privatkaufmann Kreime in Ottendorf bei Pirna, Rillenbesitzer und Gemeindevorstand Thiele in Orna, Weinbergbesitzer Lambeck in Niederlößnitz, Kaufmann und Fabrikant Kommerzienrat Richter in Dresden, Rentier Karl Siegel in Dresden, Eisenbahndirektor a. D. Reichardt in Dresden, Gutbesitzer und Gemeindevorstand Schneider in Schmördorf bei Pirna, Rittergutsbesitzer Rudolph in Promnitz bei Riesa, priv. Kaufmann Kreime in Dresden, Rentier Sputh in Plauen, Rentier Lütman in Blasewitz, Gutbesitzer Rübisch in Orna, Fabrikbesitzer Schmidt in Dresden, Holzbüchsenmacher Ulbrich in Dresden und Major a. D. Mannherren Freiherr v. Kallisch in Dresden.

Und diese Leute sollen die Gefühle eines armen Teufels verstehen, der sich vielleicht in seiner Not gegen die heutige Ordnung verging.

Der Staat sucht weiter billige Arbeiter, die die Eigenschaft als Militärmänner haben, und zwar werden verlangt: Bei der Generaldirektion der sächsl. Staatseisenbahnen in Dresden 50 Expeditionen-Hilfsarbeiter mit je 18 M. pro Woche. Dergleichen 40 Schaffner mit je 1020 M. bis 1380 M. steigendem Gehalt nebst Bekleidungsgebühr und Fahrgehalt. Beim Postamt Schandau zum 1. März ein Landbriefträger mit 72 M. Gehalt. Beim Postamt Dürrröhrsdorf zum 1. März ein Landbriefträger mit 780 M. Gehalt.

Die erste Sitzungsperiode des hiesigen Schworenengerichts beginnt Montag den 15. Februar. Ueber die Zahl der Angelegnisse, sowie über die Dauer der Sitzungsperiode läßt sich zur Zeit noch nichts mitteilen.

Senatspräsident Lamu gestorben. Der am 1. Januar dieses Jahres in den Ruhestand getretene Senatspräsident des Oberlandesgerichts, Moriz Lamu, ist gestern mittag plötzlich verstorben.

Der Stand der Untersuchung gegen die Dresdner Hypothekendarlehen. Bekanntlich wurden vor einiger Zeit die Hypothekendarlehenbesitzer des hiesigen Amtsgerichtes vom Dienste suspendiert.

Fünfzig Anstellungen. 25 für Knaben und 25 für Mädchen, sind Oftern 1897 in der Schule des Ehrsichlichen Gestifts neu zu besetzen. Ausnahmebefähigt sind nur zehnjährige Kinder evangelischer Bekenntnisse, die mit gutem Erfolge vier Jahre die Schule besucht haben.

Zu Erlaube der Erlaubnisse des Ehrsichlichen Gestifts werden Oftern zehn Plätze frei, 4 für Knaben, 6 für Mädchen. Vier Anstellungsproben durch Verbrennung des Fettes im Ad per mehr Wärme enthalten.

Stadtchronik sind im Winter auch unsere Verdauungsorgane leistungsfähiger, so daß wir ohne Beschwerden die nötige größere Nahrungsmenge in uns aufnehmen können.

Während man in der Sommerhitze sich leicht einen Magenkatarrh durch Überladung zuweilen und gegen seine Speisen mehr direkt Widerwillen empfindet, ist im Winter die Kraft der Verdauungsorgane gesteigert.

Die Verdauungsorgane sind im Winter auch unsere Verdauungsorgane leistungsfähiger, so daß wir ohne Beschwerden die nötige größere Nahrungsmenge in uns aufnehmen können.

Während man in der Sommerhitze sich leicht einen Magenkatarrh durch Überladung zuweilen und gegen seine Speisen mehr direkt Widerwillen empfindet, ist im Winter die Kraft der Verdauungsorgane gesteigert.

Die Verdauungsorgane sind im Winter auch unsere Verdauungsorgane leistungsfähiger, so daß wir ohne Beschwerden die nötige größere Nahrungsmenge in uns aufnehmen können.

Während man in der Sommerhitze sich leicht einen Magenkatarrh durch Überladung zuweilen und gegen seine Speisen mehr direkt Widerwillen empfindet, ist im Winter die Kraft der Verdauungsorgane gesteigert.

Die Verdauungsorgane sind im Winter auch unsere Verdauungsorgane leistungsfähiger, so daß wir ohne Beschwerden die nötige größere Nahrungsmenge in uns aufnehmen können.

Während man in der Sommerhitze sich leicht einen Magenkatarrh durch Überladung zuweilen und gegen seine Speisen mehr direkt Widerwillen empfindet, ist im Winter die Kraft der Verdauungsorgane gesteigert.

Die Verdauungsorgane sind im Winter auch unsere Verdauungsorgane leistungsfähiger, so daß wir ohne Beschwerden die nötige größere Nahrungsmenge in uns aufnehmen können.

werden die Kinder ebenfalls ohne Entgelt in Nahrung, Kleidung und Wohnung vollständig unterhalten und gleichzeitig wird bis zu ihrem erfüllten 15. Lebensjahre für ihre Erziehung gesorgt.

Die Verbrechen, Berghehen und Hebertretungen kamen in Dresden im Monat Dezember 1896 1897 zur Anzeige. Dieselben betrafen: 19 Widerstand gegen die Staatsgewalt, 10 Hausfriedensbruch, 1 Meineid, 19 Sittlichkeitsverbrechen, 2 Berghehen, 26 Beleidigung und Körperverletzung, 3 Verbrechen bez. Berghehen gegen das Leben, 2 Verbrechen und Berghehen gegen die persönliche Freiheit, 430 Diebstahl und Unterschlagung, 4 Raub, 3 Erpressung, 11 Begünstigung und Heberei, 57 Betrug und Untreue, 10 Urkundenfälschung, 1 Bantrott, 2 strafbaren Eigenmord, 20 Sachbeschädigung, 2 Brandstiftung, 9 Angabe falschen Namens, Annahme eines Titels u., 197 groben Unfug und Erregung ruhestörender Lärms, 3 Tierquälerei, 227 Betteln und Landstreichen, 6 Nahrungs- bez. Genussmittelentwendung, 70 verbotswidrige Rückkehr, 137 Unachtsamkeit, Nüchtern im Freien u., 43 Gewerksunzucht, 36 Zuwiderhandlungen gegen sittenpolizeiliche Vorschriften, 1 Fälschung von Anwesenheitspapieren, 24 Hebertretungen der Drohlisten, 21 Steuer- und Anwesenheitsregulative, 336 dergleichen der Verkehrsordnung, 39 dergleichen der Meldeordnung (186 dergleichen kamen durch die Meldeämter zur Anzeige), 1 dergleichen der Bestimmungen über das Vereins- und Versammlungswesen, 1 dergleichen der Bestimmungen über die Presse, 25 dergleichen des Regulativs über Luftfahrzeuge, 1 dergleichen für die Trödler und Flandeleier, 1 dergleichen der Gewerbeordnung — sicherheitspolizeiliche Zuständigkeit —, 28 Trunkenheit, 28 liebertliches und zweckloses Umherstreifen, 10 Hebertretungen der Bekanntmachung, die Gast- und Schankwirtschaften mit weiblicher Bedienung betreffend und 11 sonstige dergleichen. — Die Zahl der Festgenommenen betrug 838 und die Zahl der Vorgeführten 100, demnach zusammen 998 Personen, von denen 471 Personen Haftstrafen zuramt erhielten.

Die Polizei wurde durch Anzeigen in Anspruch genommen wegen Unglücksfällen 57 mal, stattgefundenen Schadenfeuer 25, Gefährdungen 11, eheleichen Zusammenstoßen 17, Vermittlung strafbriechlich verolgt oder sonst öffentlich vorgeladener Personen 117, Einlieferung nachgeahmter Geldstücke 5, arbeitslosen u. Aufstiegs in Ostböhmen 3, Fund- und Verlustsachen 448 und sonstigen Angelegenheiten 96, Protestierten-Zuhältern 8, auf Antrag von Justiz, Verwaltung- oder Militärbehörden, bezugweise Anordnung der Polizeidirektion festgenommener oder fixierter Personen 24, und wegen heimlichen Verlassens der Wohnung bez. unter Mitnahme von Schlüssel 23 mal.

Selbstmorde in Dresden. Im Dezember v. J. kamen 6 Selbstmorde und 3 Selbstmordversuche zur Anzeige. Von den 6 Selbstmorden haben sich 3 entzogen, 2 erschossen, erhängt, und auf die Straße herabgestürzt je eine Person. Die Selbstmörder waren beiderlei Geschlechts 3, im Alter von 17, 27, 47, 48, 54 und 65 Jahren. Zu ihnen verurteilt sich 2 Männer und 1 Mädchen.

Quellvergiftung für Sachsen. Die „Dress. Nachr.“ wissen zu berichten, daß ein dem kaiserlichen Quellvergiftung in der preussischen Provinz entprechender königlicher Verlass ist in allererster Zeit für die Offiziere des sächsischen Armeekorps zu erwarten sei.

Der Dichter Kollerger wird am 24. Februar in Dresden einen seiner beliebtesten Dialektvorträge halten, und zwar im Vereinshaus und zum Besten des Vereins zur Speisung bedürftiger Schulkinder. Ueber die Höhe des sicher nicht geringen Eintrittsgeldes berichten wir später.

Im Residenztheater ist vom 15. d. M. ab die Tageskasse in der Zeit von 10 bis 2 Uhr geöffnet und nicht nur wie bisher von 11 bis 1 Uhr.

Arbeiterrisiko. Am Freitag nachmittag glitt ein Kutscher beim Befahren eines der Freiherrenstraße haltenden Geschirrs ab und stürzte zwischen die dem Wagen vorgepannten Pferde. Sicher wäre der Mann überfahren worden, wenn nicht sofort Leute den Pferden in die Zügel gefallen wären und den an der Deichsel hängenden Mann aus seiner gefährlichen Lage befreit hätten. — Einen Oberarmbruch erlitt am Freitag nachmittag ein

Der Dichter Kollerger wird am 24. Februar in Dresden einen seiner beliebtesten Dialektvorträge halten, und zwar im Vereinshaus und zum Besten des Vereins zur Speisung bedürftiger Schulkinder. Ueber die Höhe des sicher nicht geringen Eintrittsgeldes berichten wir später.

Im Residenztheater ist vom 15. d. M. ab die Tageskasse in der Zeit von 10 bis 2 Uhr geöffnet und nicht nur wie bisher von 11 bis 1 Uhr.

Arbeiterrisiko. Am Freitag nachmittag glitt ein Kutscher beim Befahren eines der Freiherrenstraße haltenden Geschirrs ab und stürzte zwischen die dem Wagen vorgepannten Pferde. Sicher wäre der Mann überfahren worden, wenn nicht sofort Leute den Pferden in die Zügel gefallen wären und den an der Deichsel hängenden Mann aus seiner gefährlichen Lage befreit hätten. — Einen Oberarmbruch erlitt am Freitag nachmittag ein

Der Dichter Kollerger wird am 24. Februar in Dresden einen seiner beliebtesten Dialektvorträge halten, und zwar im Vereinshaus und zum Besten des Vereins zur Speisung bedürftiger Schulkinder. Ueber die Höhe des sicher nicht geringen Eintrittsgeldes berichten wir später.

Im Residenztheater ist vom 15. d. M. ab die Tageskasse in der Zeit von 10 bis 2 Uhr geöffnet und nicht nur wie bisher von 11 bis 1 Uhr.

Arbeiterrisiko. Am Freitag nachmittag glitt ein Kutscher beim Befahren eines der Freiherrenstraße haltenden Geschirrs ab und stürzte zwischen die dem Wagen vorgepannten Pferde. Sicher wäre der Mann überfahren worden, wenn nicht sofort Leute den Pferden in die Zügel gefallen wären und den an der Deichsel hängenden Mann aus seiner gefährlichen Lage befreit hätten. — Einen Oberarmbruch erlitt am Freitag nachmittag ein

Der Dichter Kollerger wird am 24. Februar in Dresden einen seiner beliebtesten Dialektvorträge halten, und zwar im Vereinshaus und zum Besten des Vereins zur Speisung bedürftiger Schulkinder. Ueber die Höhe des sicher nicht geringen Eintrittsgeldes berichten wir später.

Im Residenztheater ist vom 15. d. M. ab die Tageskasse in der Zeit von 10 bis 2 Uhr geöffnet und nicht nur wie bisher von 11 bis 1 Uhr.

Arbeiterrisiko. Am Freitag nachmittag glitt ein Kutscher beim Befahren eines der Freiherrenstraße haltenden Geschirrs ab und stürzte zwischen die dem Wagen vorgepannten Pferde. Sicher wäre der Mann überfahren worden, wenn nicht sofort Leute den Pferden in die Zügel gefallen wären und den an der Deichsel hängenden Mann aus seiner gefährlichen Lage befreit hätten. — Einen Oberarmbruch erlitt am Freitag nachmittag ein

Der Dichter Kollerger wird am 24. Februar in Dresden einen seiner beliebtesten Dialektvorträge halten, und zwar im Vereinshaus und zum Besten des Vereins zur Speisung bedürftiger Schulkinder. Ueber die Höhe des sicher nicht geringen Eintrittsgeldes berichten wir später.

16 Jahre alter Einträger auf der Annenstraße, welcher von dem Pferde eines Straßenbahnwagens zu Boden gerissen wurde. Dem betreffenden Kutscher soll eine Schuld am dem Unglücksfalle nicht beigemessen sein.

Selbstmord. Sonnabend nachmittag, nach 3 Uhr, stürzte sich der Lohnkutscher Schneider aus seiner in der Mathildenstraße gelegenen Wohnung, 4. Etage, in den Hofraum und blieb auf der Stelle tot. Ob durch Krankheit oder andere Mißverhältnisse der Selbstmord herbeigeführt wurde, ist bis jetzt noch nicht ermittelt. Der Verstorbene soll ab und zu an Geistesgestörtheit gelitten haben.

Bermühte Nachrichten. Am Freitag den 8. d. M. ist ein im kleinen Schlachthof gelandetes, aus Sibirien eingeführt gewesenes Pottschwein bei der amtlichen Beschau schwach mit Trichinen durchsetzt gefunden und behufs Unschadlichmachung bedingt zerlegt worden. — Aus einem Gartenhäuse an der Schillerstraße sind Ende vorigen Monats drei weiße Tauben und eine schwarzblaue Feldtaube, denen die Flügel verhäutelt waren, gestohlen worden.

Nachrichten aus der Provinz.

Kotta. Das 16jährige Töchterchen eines Bäckermeyers wurde durch einen 16jährigen Lehrling in unsittlicher Weise beledigt. Das Mädchen ist in Haft genommen worden.

Rohrweil. Einen schrecklichen Tod suchte und fand im benachbarten Gdov ein 22 Jahre altes Mädchen. In der Zaungrube des Gutbesizers Henschel daselbst gewahrte man am Morgen des 8. Januar die Tochter Anna deselben als Leiche. Das Mädchen hatte am vorhergehenden Abend noch ihren Geburtstag im Kreise von Bekannten gefeiert und scheint die That in einem Anfälle geistiger Unmuthung ausgeführt zu haben.

Döbeln. Ein hiesiger Schlossermeister und Hausbesitzer ist wegen Diebstahls verhaftet worden. Der Mann hatte im vergangenen Sommer auf dem Niedergrötschacker von einer Familienverwandten die kunstvoll ausgeführte Verzierung eines Grabsteins gestohlen, um sie als Modell benutzen zu können. Das Objekt fanden Polizeibeamte in der Werkstatt des Mannes vor.

Leipzig. In der Nacht zum Sonnabend ist in einer Villa an der Ecke der Landauer- und der Mittelstraße ein Einbruch verübt worden. Die Diebe sind durch ein Parterrefenster eingestiegen. In den Parterreräumen haben sie namentlich Schränke teils erbrochen, teils mit Nachschlüsseln geöffnet und Silberfachen im Gesamtwerte von 987 M., darunter eine silberne Schale im Werte von 300 M. und silberne Gefäße im Werte von 210 M., ferner Damaszirten und noch mehreres gestohlen. Dadurch, daß ein im Souverain nachgewordenes Dienstmädchen beim Ausgehen eine Thür geräuschvoll geöffnet hat, scheinen die Diebe verscheucht worden zu sein.

Leipzig. Zur Beschlagnahme des Sincipitimus. Vom Besitzer des Sincipitimus, Albert Langen in München, erhielt die „Frankf. Ztg.“ folgende Zuschrift: „Die Nr. 41 des Sincipitimus wurde nach während des Druckes von der Staatsanwaltschaft in Leipzig wegen des von der Gräfin zu Reventlow verfaßten Artikels: „Das jüngste Gericht“ auf Grund des § 166 des Reichsstrafgesetzbuchs (Stosslasterung) konfisziert und in der Druckerei selbst von der Presse weg beschlagnahmt. Wir sind der Meinung, daß die durchaus harmlose Humoreske absolut keinen Verstoß gegen § 166 enthält und halten aber auch die Auslieferung der Beschlagnahme für ganz ungeeignet, weil die Konfiskation einer Zeitung gelehrt erst nach deren Veröffentlichung stattfinden kann. Wir werden gegen diese durchaus unzulässige und unbegründete Maßregelung entschieden und mit allen Mitteln ankämpfen.“

Bamberg. Der verantwortliche Redakteur der „Bayerischen Nachrichten“ wurde wegen Beleidigung des Margarine-Mafes durch den bekannten Bonner Artikel vom 30. M. Haftstrafe verurteilt.

Kemnitz. Als Freitag nachmittag der Führer eines Motorwagens von der Endstation am Bahnhof nach der Carolafstraße zu abfahren wollte, hatte er hierbei vermutlich außer acht gelassen, die Motorschraube zu wenden, wodurch die Rolle aus dem Stromleitungsdraht sprang und den dort befindlichen Cuedraht durchschlug. Dadurch kam das Ende des Leitungsdrahtes auf die Straße zu liegen. An der betreffenden Stelle befindet sich der Dreifachhalteplatz für den Bahnhof. Das Pferd der ersten dort haltenden Droschke kam mit dem zerfallenen Leitungsdraht in Berührung und wurde tot zu Boden gestreckt. Infolge des Feuerwehres scheuten die Pferde zweier anderer Droschken, welche führerlos durchgingen. An der Ecke Albert- und obere Georgstraße wurde von den Durchgehenden ein Gossendelaber umgerissen und vollständig zertrümmert. Während auf der oberen Georgstraße das eine Dreifachhalteverke aufgehoben und zum Stehen gebracht werden konnte, raste das andere weiter nach dem Schillerplatz zu, wobei es so heftig gegen einen Baum prallte, daß die Droschke umstürzte und in Stücke zerbrach. Das Pferd war gestürzt, aber schadlos davongekommen. Auf der Albertstraße wurde durch die durchgehenden Geschirre noch ein Handwagen, dessen Fahrer sich rechtzeitig durch Zurückspringen vor dem Ueberfahren gerettet hatte, demoliert.

Siebenlehn. Der Konsumverein für Siebenlehn und Umgegend hat in der Hauptversammlung vom 26. Dezember v. J. seine Auflösung beschlossen. Anlaß hierzu gab die mit dem neuen Jahre nach Beschluß des Gemeinderats in Kraft tretende Steuer von 3 Proz. für den Bruttoumsatz. Nach dem Geschäftsergebnis des letzten Jahres würde diese Umsatzsteuer etwa 800 Mark betragen haben.

Berdaun. Hier brannte die Wigogispinnerei von C. G. Niedelung nieder. Der Schaden beträgt 120000 M. Die Entstehungsurache des Brandes ist unbekannt.

Mauen. Am 5. d. M. sah Genosse Max Müller auf der Anlagebank des hiesigen Landgerichts. Er sollte sich in einer am 15. August v. J. zu Mynau abgehaltenen Maurer- und Zimmererverammlung der Beamtenbeleidigung schuldig gemacht und die Jüdder nach erfolgter Auflösung der Versammlung durch den überwachen Beamten zum Weichen aufgefordert haben. Beides bestritt der Angeklagte. Die erschienenen Zeugen bestritten zum Teil das in der Anlage Behauptete, zum Teil konnten dieselben sich des Vorganges nur ganz dunkel erinnern. Müller wurde zu einem Monat Gefängnis sowie zur Tragung der Kosten verurteilt. Dem beleidigten Beamten wurde außerdem das Recht der Veröffentlichung des Urteils zugesandt.

Ans den Gemeinde-Verwaltungen.

Began. Die städtischen Kollegien haben die Besteuerung der Konsumvereine und bergleichen Genossenschaften beschlossen. Ein vom Stadtrat vorgelegter bezüglicher Regulativevortrag wurde von den Standberordneten einstimmig angenommen.

Chemnitz. Gegen Ende des vorigen Jahres haben in 74 Gemeinden der Amtshauptmannschaft Chemnitz einschließlich der Stadt Limbach Neuwahlen von Gemeindevertretern stattgefunden und es sind hierbei 264 Gemeindevorstandmitglieder bzw. Stadtverordnete gewählt worden. Die gewählten Ergänzungsmänner sind nicht mitgezählt. In 30 Gemeinden waren insgesamt 59 sozialdemokratische Bewerber ausgetreten, neugewählt wurden

in 37 Gemeinden insgesamt 60 Sozialdemokraten. In 9 Gemeinden hat die Sozialdemokratie einen Gewinn, in 11 einen Verlust an Mandaten zu verzeichnen, in 22 Gemeinden ist der Besitzstand erhalten worden. Bürgerliche Wähler sehen in diesem Resultat einen Stillstand und angehenden Niedergang der Sozialdemokratie.ARGE Selbstäußerung! Die Leute sind so einseitig nicht, einsehen zu können, daß eine Vermehrung der Mandate zum Gemeinderat meist an den höheren Steuerklassen scheitert, denen Sozialdemokraten und Arbeiter eben nicht angehören. Geht allgemeines gleiches Wahlrecht für die Gemeinden und ihr sollt euer blaues Wunder sehen.

Niederhaltung bei Dwidau. Zur Autonomie der Gemeinden. Da der in hiesiger Gemeinde zuletzt gewählte Gemeindevorstand nicht befähigt wurde, bezügl. des neugewählten Gemeindevorstandes aber die Beschwerdebeschrift beim Ministerium eingereicht worden, der bisherige seit 24 Jahren hier angelegte Gemeindevorstand Gottlieb Schwabe mit dem 31. Dezember in Ruhestand getreten ist, wird die Gemeinde von einem Beamten der Amtshauptmannschaft verwaltet und zwar von dem Assistenten Hallbauer.

Druckerei. Infolge Ausscheidens einiger Mitglieder aus unserem Gemeinderat machte sich eine Ergänzungswahl notwendig. Das Resultat derselben war folgendes: Von den 4 aktiven Mitgliedern und deren 4 Stellvertretern, die zu wählen waren, gingen die Kandidaten der Arbeiter mit fastüberwiegender Majorität als Sieger aus der Kugel hervor. Von den 150 stimmberechtigten Wählern übten deren 71 ihr Stimmrecht aus.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Böse Folgen einer Weinkniperlei. Das Schöffengericht Klea verurteilte den Bucher Hermann Leichter aus Gohlis und den Handwerkskammermann Ludwig Wenzelmann aus Klein-Weißbach bei Magdeburg wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 6 Wochen Gefängnis, bezügl. der Verurteilung zu einer 2monatigen Gefängnisstrafe. Beide Angeklagten leisteten diesen Urteil mit dem Rechtsmittel der Berufung an. Am Abend des 7. September v. J. hatte sich vor einem Weingelie auf dem Jahrmarkt in Verensdorf bei Stehla ein Ertrag abgespielt. Da die beiden Angeklagten der Leistung des Polizeibeamten, sich zu entfernen, nachsahen, wurden sie festgenommen. Bei dieser Gelegenheit haben Leichter und Wenzelmann sich des ihnen beigegebenen Vergewaltigung schuldig gemacht. Das Berufungsgericht setzte den ganzen Fall von einer milderen Seite auf, hob deshalb das schöffengerichtliche Urteil betreffs der Strafverurteilung auf und ließ Leichter von 60 M., beziehentlich 90 M., an deren Stelle eventuell 12 Tage, beziehentlich 18 Tage Gefängnis zu treten haben, als hinreichende Abmahnung.

Schöffengericht.

Die beleidigten Wachtposten. Vor dem Landgericht stand der 26 Jahre alte, noch nicht verheiratete Maurer Gustav Hermann Wendler aus Kahlitz, um sich wegen Beleidigung und Verletzung großer Unfuges zu verantworten. Am 8. Juli v. J. fand der Angeklagte vor der hiesigen Artilleriekompanie und schimpfte auf zwei Kanoniere, die dortselbst den Wachtposten hatten. Als Wendler deshalb arretiert und von einer Patrouille nach der Hauptpostei gebracht wurde, verübte er unterwegs großen Unfug, indem er auf der Königstraße die Paradebank des Paradenmarsches und am Albertplatz zu der sich anschließenden Menschenmenge rief: „Ich bin arretiert worden wegen nichts! Ich bin auch Soldat gewesen, habe es bis zum Unteroffizier gebracht!“ Das Urteil lautete auf eine Haftstrafe von 48 M., an deren Stelle im Falle der Unkenntlichkeit 6 Tage Gefängnis und 3 Tage Haft zu treten haben.

Rechtsgeschiedt.

Wegen Beleidigung wurden der Redakteur der „Mannheimer Volksstimme“, Genosse K e h l e r in Mannheim, und Gen. Jean Martin in München am 22. April 1896 vom Landgericht München I. G. zu 3 Monaten verurteilt und zwar ersterer zu 6 Wochen und letzterer zu 1 Jahr Gefängnis. In einer Nummer des oben erwähnten Blattes war eine nach Aufweisung des Gerichts von dem ersten Angeklagten verfaßte längere Notiz aus München abgedruckt, worin die Fortsetzung einer Beleidigung zweier Nachschwäger, sowie der Mitglieder der Münchener Volksgewerkschaft erfolgte. Es war in dem Artikel die Polizei mit beherrschender Fronte als gegenverbreitendes Institut gezeichnet und dann zur Milderung des „Voltagewerks“ ein Vorgang geschildert, der sich eines Nachts in einer stillen Straße abgespielt haben sollte. In nachfolgender Zeit seien die Bewohner der Straße durch einen judenbösen Mann aufgegriffen an die Fenster geißelt und hätten da einen Herrn durch die Straßen führen sehen, der seiner Kleidung nach zu den besten Ständen gehöre und ununterbrochen furchtbarste Bannwünsche gegen den Mann ausstiehe; auch habe derselbe zum Herumhängen der Zülfelze aufgefordert, so daß den Jüddern die Haare zu Berge gestanden hätten. Dem seien zwei Nachschwäger auf der Bildfläche erschienen, die sich ansehens des Ereignisses annehmen wollten. Da seien zwei andere Herren, offenbar Freunde des letzteren, hinzugesommen und hätten mit dem Nachschwäger einhellige Handbewegung beobachtet worden, die einen Jüdder zu den Worten herauf ließ: „Seid ihr Unmenschen, von einem Herrn laßt ihr euch schmeißen; einen armen Arbeiter dattet ihr mitgenommen!“ Die beiden Herren hätten nämlich dann den Ereignissen in die Mitte genommen und seien unbedenklich davongegangen. Das Urteil stellt fest, daß ein Festhalten der Echtheit seiner Angeklagten erwiesenermaßen, und daß die Unterhaltung der beiden Herren mit den Nachschwägern die Erklärung dieses Umstandes zum Gegenstand habe. Das Vorhandensein der Beleidigung wurde aus der Form und Tendenz des Artikels geschlossen. Gegen das Urteil legte ein Revisor Reklamation ein und rügte Beschränkung der Beleidigung, indem ihm die Stellung einer Frage an die als Zeugen benannten Nachschwäger, um die er gebeten hätte, abgelehnt wurde. Das Reichsgericht hob auf die Reklamation stehend das Urteil bezügl. dieses Angeklagten auf und verwies die Sache an die Bezirksinstanz zurück.

Wegen Peters kam am Sonnabend die Beleidigungssache von Dr. Friedrich Vange vor dem Schöffengericht in Berlin zur Verhandlung. Sowohl Dr. Friedrich Vange unter Vorsitz des Rechtsanwalts Vattermann, als auch Dr. Carl Peters unter Vorsitz des Rechtsanwalts Hoffmann waren persönlich anwesend. Es handelte sich, wie oben erwähnt, um einen unter dem Titel „Reklamation“ in der „Deutschen Zeitung“ des Dr. Friedrich Vange erschienenen Artikel, der zur Zeit erschien, als die Debatte im Reichstage über Dr. Peters und die Vorgänge am Mannheimer Volksfest stattfand. Der Artikel behandelte das Gerücht, daß Dr. Peters in englische Dienste übergetreten sei. Peters wurde wegen dieser Behauptung heftig angegriffen. Dr. Peters erwiderte hierauf in Deutschen „Reklamation“ des Dr. Vange, daß die Vangischen Angaben „erlogen“ seien; er betonte weiter, daß Dr. Vange seiner Zeit aus der Deutsch-österreichischen Gesellschaft hinausgeschloffen worden sei und war ihm für seine bis dahin geleisteten Dienste eine Summe von 10000 Mark gezahlt habe, schließlich auch, daß er (Dr. Peters) den Dr. Vange schon einmal auf Bitten geantwortet habe. Dr. Vange aber der Forderung nicht entsprochen habe. — Dr. Peters strengte widerständig gegen Dr. Vange die Beleidigung an, sein Reklamation lag diese aber aus formalen Gründen wieder zurück. Sowohl Dr. Vange als auch Dr. Peters bekennen sich zur Verfälschung der beh. Artikel und übernahmen deren Verantwortung. Die Beweisnahme beginnt mit der Beilegung der formellen Bestimmungen des Strafgesetzbuchs und des Delegierten des Bundes der Landwirte v. v. Reichs-Königsberg. — Graf Joachim Pfeil hat ausgefragt: Er sei im Jahre 1884 über mit Dr. Peters zusammen gewesen, und da habe Dr. Peters verschiedene Pläne entwickelt, die ihm Gelegenheit geben sollten, in die Öffentlichkeit zu treten. Die Bewaffnung der deutschen Sozialdemokratie sei eines seiner Projekte gewesen, er habe angegeben, daß er sich event. an die Spitze der Sozialdemokratie stellen und sie auch bewaffnen wolle. — Frage v. Reichs-Königsberg: Im Frühjahr oder Sommer 1886 seien Freunde des Dr. Peters mit diesem im Monopol-Hotel zusammen gewesen. Es seien 3-6 Personen zugegen gewesen, darunter Premierlieutenant v. Liebenow, Reichs-Königsberg, Dr. Vreucht, Hauptmannlieutenant a. D. Ritt. Von dort aus England habe davon gesprochen, daß in nächster Zeit in London eine Versammlung stattfinden solle, in welcher über das Engagement des Dr. Peters Beschluß gefaßt werden sollte. Der Herr habe den Dr. Peters zu bestimmen gelacht, schon am nächsten Tage mit nach England zu fahren. Dr. Peters habe die Absicht durchblicken lassen, dieser Aufforderung Folge leisten zu wollen. — Frage Dr. Vange: Haben Sie in dieser Zeit mit Dr. Peters gesprochen, er habe die Verpflichtung, eine darauf bezügliche Konferenz in London beizuwohnen. Das Unternehmen sei kein politisches, sondern ein internationaler kaufmännisches Unternehmen, bei welchem englische Kapital gar nicht in Frage komme. In irgend welchem Vaterland verleihe eine wahre Beschreibung, um welches Unternehmen es sich handle, der Zeuge lehnte dies aber entschieden ab, da, wenn er derartige Angaben machen wolle, sofort alle Feinde des Dr. Peters alles anstreben würden, um das Zustandekommen eines solchen Unternehmens zu verhindern. — Dr. Peters selbst erklärt: es handle sich um ein deutsches Unternehmen, welches fast fertig sei. Sollte es vor der Öffentlichkeit preisgegeben, so würde es sofort von seinen Feinden zerstört werden. Das Unternehmen sei ein sehr allgemeines und solle sich über die verschiedensten Länder und Gebiete erstrecken.

Konferenzkomitee Vange wird als Zeuge darüber vernommen, daß Dr. Vange seiner Zeit angegeben habe, die von Dr. Peters geordnete persönliche Beilegung wegen einer Beleidigung zu gewahren. — Der als Zeuge vorgeladene Schriftsteller Pfeil erklärt, daß er als Freund des Dr. Peters allerdings versuche habe, eine Annäherung zwischen den Parteien anzubahnen, dies sei jedoch auf seine eigene Initiative geschehen. Er sei Mitarbeiter der „Tagl. Rundschau“ und wisse, daß nach 1884 Dr. Vange in dieser damals von ihm geleiteten Zeitung Artikel veröffentlicht habe, die die Verdienste des Dr. Peters herabsetzten, während Dr. Vange behauptet, daß seine unzulässige Auffassung über Dr. Peters schon aus dem Jahr 1884 komme. — Dr. Peters behauptet, daß letzteres nicht der Fall sein könne, da Dr. Vange nach im September 1884 ihm die Beleidigung angetragen. Weiter noch überaus wichtige Punkte an seine Familie geschickten und auch nach manchen Artikel veröffentlicht habe, die Sympathien für ihn ausbreiteten.

H. A. Dr. Hoffa beivollt die Ansicht des Dr. Peters, sich an die Spitze der deutschen Sozialdemokratie stellen zu wollen, und sagt die Glaubwürdigkeit des Grafen Joachim Pfeil zu erschüttern. Er besetzt sich auf einen Brief, den ein Herr Andreu, der in London etwa die Stelle von Siemens und Halske einnehme, an Dr. Peters geschickt habe. Nach dem Inhalte dieses Briefes habe Graf Pfeil dem Herrn Andreu Mitteilungen gemacht, die dessen Glaubwürdigkeit ausser Zweifel stellten. Er habe behauptet, daß Dr. Peters Hypothekens- und Privatgelder zusammenzubringen wolle, daß er (Graf Pfeil) versucht habe, den Dr. Peters auf einer Expedition zu erlösen, der Auftrag aber selbsteingegangen sei, daß er den Dr. Peters vernichten könnte, wenn nicht die deutschen Gerichte in den Händen von Juden wären u. — Der Vorsitzende bemerkt, daß es doch noch zweifelhaft sei, ob die Bemerkung, bet. die Befreiung der Sozialdemokratie nicht verstanden aus „Miß“ gegeben sei. Angesichts der preussischen und deutschen Verhältnisse wäre es doch gewagter eine Interviewtraute über, zu einer solchen Besprechung zu schreiten, zu der doch nicht Millionen, sondern Billionen notwendig wären. — Dr. Vange behauptet, daß Dr. Peters dieselbe Meinung über die Bewaffnung der Sozialdemokratie auch ihnen gegenüber unter vier Augen gemacht habe.

Dr. Vange behauptet nochmals, daß der Inhalt seines Artikels auf Wahrheit beruhe. Namentlich habe ihm der jetzige Gouverneur von Preußen, Oberst Lieber, bestätigt, daß Dr. Peters in englische Dienste getreten wolle. Diese Mitteilung sei ihm von Herrn v. d. Höben gegen Herrn v. Behold gleichfalls geworden. Was den Grafen Pfeil betrifft, so habe er niemals Befragung gehabt, an dessen Glaubwürdigkeit zu zweifeln, während er solche Befragung gegenüber dem Dr. Peters niederkont hat. — Dr. Peters erklärt: er habe sich zum Gebrauch des Wortes „erlogen“ für berechtigt gehalten, weil Dr. Vange doch unerschrocken mit ihm in so freundschaftliche Beziehungen getreten wäre, wenn er ihn so ordinärer Motive für fähig gehalten hätte. Von seinem Artikel in eine englische Gesellschaft sei gar keine Rede, die ihm gewöhnliche Klatsch hätten sich nur auf ein von Deutschen beschlagnahmtes Unternehmen bezogen.

Nach kurzer Beratung erntet der Vorsitzende: Dr. Peters sei der Beleidigung zwar schuldig, diese aber schuldlos, da es sich um sofortige Ermordung einer Beleidigung handle. Ein Beweis, daß Dr. Peters von einer englischen Gesellschaft angehört sei, sei nicht erbracht.

Zur Verjährung der Preßvergehen. Eine interessante Entscheidung hat das Amtsgericht I Berlin, Abt. 190, gefaßt. Am 23. Januar v. J. beschloß die dritte Strafkammer des Landgerichts I Berlin die Rückverurteilung gegen den Kaufmann Heinrich Pariser und Genossen. Am 13. Dezember v. J. also fast 11 Monate nach dieser Verhandlung, strengte von der Staatsanwaltschaft Pariser gegen die verantwortlichen Redakteure der „Deutschen Tagesztg.“ und der „Voss'schen Privatliste“ wegen Vergehens aus den §§ 185, 186 und 187 des St.-G.-B. an: Pariser, der zur Zeit eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren wegen Erpreßung verbüßt, stülte sich gegen die genannten Zeitungen in deren gerichtlichen Referate über den Preßkrieg Pariser beilegt, da ein Verlust dieses Referates geeignet sei, ihn „verdammt zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzumühen“. Dem Einwand der Verjährung begegnete Richter dadurch, daß er jetzt erst von dem betreffenden Fall in den drei genannten Zeitungen Kenntnis erhalten habe; da er sich nicht auf freiem Fuß befinde, seien ihm Zeitungen nicht zugänglich.

Das Amtsgericht I Berlin hat unter dem 2. Januar 1897 den Antrag auf Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt und somit die Privatklage abgewiesen, diese Entscheidung folgendermaßen begründend: Es herrscht in Theorie und Praxis so ziemlich Uebereinstimmung, daß die Verjährung von Preßvergehen nicht erst dann beginnt, wenn das Exemplar der ganzen Auflage verkauft ist, sondern bereits mit dem Beginn der Verbreitung der Druckchrift. — Da nun die betroffenen Nummern der Zeitung „Voss“ der „Arbeitszeitung“ und der „Deutschen Tageszeitung“ bereits am 31. Januar 1896 ausgegeben sind, in denen der inkriminierte Artikel enthalten ist, und da die Verjährung in sechs Monaten verjährt, so ist eine Strafverurteilung nicht mehr zulässig.

Die deutsche Presse hat, wie die „Voss“ zurecht bemerkt, die Ursache, diese Klatsch der Justizatur zu der dem Gefolge des Preßkriegs sich der Klatsch allein entsprechenden Auslegung mit Bezugnahme zu belegen.

Offiziersbeleidigung. Vor der Strafkammer in Dortmund hatte sich der Redakteur der „Aeln. Westf. Arb.-Ztg.“, Genosse Thies, wegen Beleidigung des Offiziersstandes und des General v. Pahle zu verantworten. In einem „In den Offizierspensionsangelegenheiten“ überschriebenen „Stuttgarter Beobachter“ entnommenen Artikel war unter anderem angeführt, es gebe unter den Offizieren eine gewisse Anzahl, die sich im Unterchied vom Pensionenübel nicht Kronisch, sondern akut ausbreite; man könne sie leicht pöbeln, unvernünftigen Klatschen wegen den militärischen Schlaganfall (apoplexia militaris) nennen. Leute, die noch gehen fernunglos waren, vielleicht noch vor kurzem schreibende Reden im Reichstage hielten, würden plötzlich, daß sie krank sind, unheilbar krank, daß sie zu jeder ordentlichen Arbeit im Kriegsdienst unfähig geworden sind. Sie fühlten ein unüberwindliches Bedürfnis, Krugelnst zu werfen und ferne von Madrid, d. h. von Berlin, über ihren Zustand nachzudenken. So konnten sie dann unter ihrer Pensionierung ein. In Kennenjahr und in anderen Jahren wünschten sie sich von ihren schmerzlichen Reden zu erholen und ein bescheidenes Stilleben zu führen. Die Welt ist vollkommen überoll, wo der schmerzliche nicht hinterkommt mit seiner „Dunkel“ hat schon mancher gedacht und wird noch mancher denken. Es war dann über die Pensionierungen überhaupt gesprochen und ausgeführt worden, daß nach einer Berechnung der „Börsenzeitung“ in Preußen die Zahl der pensionierten Generale 757 betrage und daß man aus ihnen ein ganzes Bataillon formieren könne. Seit dem Jahre 1896, also ungefähr seit dem Regierungsantritt Wilhelm II. seien 546 Pensionierungen erfolgt. Das seien Generale; wer aber able die gemaltige Schär der übrigen Offiziere, die oft noch in vollster Manneskraft, wo sie noch Treffliches leisten könnten, auf die Seite geschoben würden. Warum? Vielfach durchaus nicht wegen ihrer unbedeutenden militärischen Leistungen sondern aus persönlicher Animosität, wegen Mangel und Günstlingsfragen und begünstigen. Und diesen Zustand soll sich das deutsche Volk, das doch die Pensionen bezahlen muß, ruhig gefallen lassen? Ganz abgesehen von dem Ansehen, der dem Generalsstande durch diese Ermordung, die die Gräben dieser Leute preisgibt, Manches möchten ihre erzwungene Abreise in der anerkennendsten und ehrenvollsten Weise bewirken; ein großer Teil, vielleicht sogar die Mehrzahl, sei aber zu einer fruchtbringenden Tätigkeit auf dem Gebiete des bürgerlichen Lebens verdrängt. Es wärge Erleichterung dieser Verhältnisse, die von Landwehr-

